

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 1 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Bu den Stadtverordneten-Wahlen.

Die bereits in gestriger Nummer unseres Blattes mitgetheilten Resultate der am Dienstag dieser Woche vorgenommenen sechs zehner Berliner Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abtheilung sind wohl geeignet, auch die Sozialdemokraten außerhalb Berlins mit hoher Freude zu erfüllen. Von den 16 Wahlen sind sofort 12 entschieden, davon 6 zu Gunsten der sozialdemokratischen Kandidaten. Zunächst siegte die Herren Klein, Stadthagen, Lohner, Tempel, Vogtherr und Gröndel mit einer bedeutenden Majorität. Vier weitere Kandidaten der Sozialdemokratie kommen in die Stichwahl, und zwar zwei mit liberalen und zwei mit bürgerparteilichen Gegnern. Die Arbeiterpartei darf auf einen günstigen Ausfall auch dieser Stichwahlen hoffen; bei jenen derselben wenigstens ist nach unserer Ueberzeugung ein Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten nicht zu zweifeln.

In der That, ein schöner und guter, in mehrfacher Hinsicht recht bedeutungsvoller Sieg ist das! Durch denselben erfährt die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Vermehrung um das Dreifache. Diese Zahl im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Stadtverordneten immerhin noch eine kleine, so hat sie doch ein außerordentliches Gewicht. Was den 10 oder 12 Arbeitervertretern in der städtischen Verwaltung eine über das Gewöhnliche weit hinausgehende Bedeutung giebt, das hat die wirtschaftlich-sozialen und politischen Prinzipien, von denen sie bei ihrer Amtirung sich leiten lassen, jene hohen und heiligen Prinzipien, welche gerichtet sind auf die Vernichtung des mit dem gemeinen Wohl unvereinbarlichen manchesterlichen Geistes, der die städtische Verwaltung beherrscht, — jene Prinzipien, die in der Vertheidigung und Geltendmachung der Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes gipfeln. Man hätte sich, zu sagen, daß die Stimme der Arbeitervertreter beim Entscheid wichtiger prinzipieller Fragen nicht den Ausschlag geben. Dieser Einwand hat kein Gewicht gegenüber der Thatfache, daß die Macht der Gründe, auf welche die Arbeitervertreter sich stützen bei ihrer ganzen Thätigkeit, daß ihre Prinzipien es sind, von deren Ausdehnung man sich eine außerordentliche Einwirkung auf die öffentliche Meinung speziell und in erster Linie auf den Geist der arbeitenden Bevölkerung versprechen darf. Die Arbeitervertreter haben die Möglichkeit, die manchesterliche Mißwirtschaft in der städtischen Verwaltung so scharf zu beleuchten, daß täglich Jeder, der noch einen Funken gesunden Menschenverstandes besitzt, zu einem Gegner und Belämpfer

derselben werden muß; sie sind in der Lage, gesunde wirtschaftliche Grundsätze Ausdruck zu geben und damit die Massen für diese Grundsätze zu gewinnen. Bei jeder Minorität, welche im Bunde mit der Macht der gerechten Prinzipien kämpft, liegt der Erfolg; sie erobert zunächst den öffentlichen Geist, — die entsprechende Vermehrung der Mandate folgt dann ganz von selbst; in den Wahlen kommt doch immer nur der öffentliche Geist zum Ausdruck. Wenigstens kann man das in Bezug auf die hiesigen Stadtverordneten-Wahlen behaupten. Dieselben sind öffentlich und direkt; der Wähler muß an den Tisch treten und, indem er den Namen seines Kandidaten nennt, öffentlich seine Parteistellung bekennen.

Was das für Arbeiter, für die von Unternehmern und Behörden abhängigen Wähler oft zu bedeuten hat, wissen unsere Leser. Die Resultate der vorgestriegen Wahlen beweisen, daß den Massen der Wähler die Furcht vor der behördlichen und Unternehmerautorität nicht inne wohnt; frei und offen, stolz und selbstbewußt bekennen sie vor dem Wahltische, was sie sind und was sie wollen.

Dieser Umstand ganz besonders giebt den Berliner Arbeitern vor aller Welt das ehrende Zeugnis, daß sie politisch mündig und entschlossen sind, ihr gutes Recht unter allen Umständen zu verfechten.

Die Wahlerfolge der Arbeiterpartei sind aber auch in der Hinsicht von außergewöhnlicher Bedeutung, als sie den „Beyth“ des Sozialistengesetzes illustriren. Sie sind errungen unter der Herrschaft dieses Gesetzes und trotzdem die Regierung nach ihrem jüngsten Rechenschaftsbericht betreffend den für Berlin verlängerten „kleinen Belagerungsstand“ die Propaganda der Arbeiterpartei für die Stadtverordneten-Wahlen als eine auf den „Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete zu diskreditiren versucht hat. Zweifelsohne kommen die Wahlerfolge der Berliner Arbeiterpartei den Freunden und Vertheidigern des Ausnahmengesetzes sehr ungelegen, denn sie zeigen wieder einmal, was von der sich so stark aufblähenden „staatsretterischen Weisheit“ dieser Herren zu halten ist.

Noch in einer anderen Hinsicht sind unsere Wahlerfolge von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Indem sie außerordentliche Fortschritte der Sozialdemokratie und ein Zurückgehen der gegenrührigen Parteien dokumentiren, lassen sie mit Sicherheit auf den Ausfall der bevorstehenden Reichstags-Neuwahlen hier in Berlin schließen. Auch diese, die ja unter verhältnismäßig viel günstigeren Ereignissen vor sich gehen, wie die Stadtverordneten-Wahlen, werden zu einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen.

Und immer offenkundiger wird es werden, daß die herrschenden Parteien sich nur noch vertheidigen aus glatter Nothwendigkeit, dem Kriege der Selbst-

erhaltung genügend, ohne Glauben an ihr Recht. Und weichen werden sie müssen der siegenden Macht der gerechten Prinzipien, welche die sozialistischen Arbeiter auf ihr Banner geschrieen haben.

Wohlan denn, Arbeiter Berlins, auf mit aller Kraft und Energie für die Stadtverordneten-Stichwahlen und in einem Zuge dann hinein in den Reichstags-Wahllampf, erfüllt von stolzer Siegeszuversicht, die zu immer tüchtigerer und rastloserer Thätigkeit im Dienste der guten Sache anspornt! Formirt die Bataillone der Wähler, die berufen sind, mit dem Stimmzettel in der Hand gegen das herrschende System zu protestiren!

Vorwärts, unbedingt und unaufhaltsam durch neuen Kampf zu neuen Siegen!

### Politische Uebersicht.

Aus der Sozialistenkommission wird voraussichtlich gar nichts positives herauskommen. Einstweilen hat sich die Kommission verlagert wegen Ministeränderungen, die am Dienstag und Mittwoch Abend stattfinden. Es giebt allerdings Parteien, die ihre parlamentarische Aufgabe erledigt erachten, wenn sie Geld bewilligen und nebenbei bei den Ministern diniten. — Aus den Verhandlungen am Montag Abend geht, so schreibt die „Lib. Korresp.“, klar hervor, daß die Ausweisungsbefugniß infolge des Verhaltens der Nationalliberalen in der Kommission keine Mehrheit erlangen wird. Infolge dessen werden voraussichtlich die konservativen Parteien bei der Schlussabstimmung zusammen mit dem Centrum, den Freisinnigen und den Sozialisten gegen das Gesetz im Ganzen stimmen, sodas die Nationalliberalen allein darauf sitzen bleiben. Alsdann gelangt keine Vorlage aus der Kommission an das Plenum. In letzterem wird alsdann voraussichtlich seitens der Konservativen der Antrag eingebracht werden, das bisherige Sozialistengesetz wiederum auf die Zeit von drei Jahren zu verlängern.

Sozialistengesetzdebatte über Sozialistengesetzdebatte. Wer die Reichstagsberichte liest, wird unwillkürlich an das mittelalterliche Sprichwort erinnert: Alle Wege führen nach Rom. Im Reichstag führen alle Debatten zum Sozialistengesetz, die Initivanträge der Fortschrittler, die zweite Lesung des Etats — bei jeder Gelegenheit entspinnt sich eine Sozialistendebatte — ein Beweis dafür, wie der Sozialismus und das Sozialistengesetz im Vordergrund des politischen Interesses stehen. Und auch eine schlagende Widerlegung des seltsamen Wahnglaubens, wenn das Sozialistengesetz auf „ewig“ bewilligt sei, werde es keine Sozialistendeбаты mehr geben.

Wie der Abg. Windthorst über das Verhältnis der Zentrumspartei zu anderen Parteien bei den Reichstagswahlen denkt, geht deutlich hervor aus einer Aeußerung desselben auf der Reichstagsversammlung des Reichstages und der Provinz Sachsen in Weitzenstädt. Abg. Windthorst sagte nach der „Germania“ wörtlich:

„Ueberall, wo es möglich ist, die zum Centrum gehörenden Männer bei den Wahlen durchzubringen, müssen die Wähler Mann für Mann an die Urne

### Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Englisch autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

In der Thür aber wendete er sich zur Naheude, die erhartet auf ihrem Stuhle saß, noch immer das schlafende Kind auf dem Schooße:

„Wenn die Tochter nicht da ist, hält er's mit der Mutter.“

Stephan wollte sich auf ihn werfen. Die Furcht, das Dorf durch eine Schlägerei in Aufregung zu versetzen, hatte ihn verhindert, Katharinen aus seinen Händen zu befreien; aber jetzt übermannte ihn der Zorn, und beide Männer standen einander gegenüber, sich mit blutgeschwollenen Augen verschend. Ihr alter Haß, ihre lang belämpfte Eifersucht wollte sich Luft machen:

„Nimm Dich in Acht!“ rief Stephan zwischen den zusammengeschobenen Zähnen hervor. „Ich bring Dich um!“

„Beruh' dich!“

Sie leuchteten zornerröthet ihren heißen Athem einander ins Gesicht; da sprang Katharina zwischen Beide, ergriff den Arm Chaval's, zerrte ihn fliehenden Blickes zur Thür, aus dem Zimmer, durch's Dorf, fort, fort, ohne sich umzuwenden.

„Welch ein roher Geselle!“ rief Stephan, indem er die Thür hinter ihm in's Schloß warf; dann setzte er sich, um seiner Aufregung Herr zu werden.

Die Naheude hatte ihren Sitz nicht verlassen, sie hob nur mit drohender Geberde die Hand nach der Thür. Beide schwiegen. Keiner mochte die unangenehmen Gedanken aus-

sprechen, die ihn bewegten. Sein Blick fiel auf ihre Brust; sie war vierzig Jahre alt; ihre Formen waren verdorben, doch mit ihrem breiten Nacken und dem regelmässigen Gesicht, das einst schön gewesen, sah sie nicht häßlich aus.

„Ein Thier ist er!“ sagte sie. „Nur ein solch erbärmlicher Kerl kann so gemeine Gedanken haben. Er war nicht einmal einer Antwort werth.“

Dann fügte sie, ihn anblickend, freimüthig hinzu:

„Ich habe meine Fehler, das ist gewis, aber diesen nicht. . . Ich habe nie in meinem Leben mit anderen Männern zu thun gehabt, wie mit dem Ersten, der mich verführte, und dann mit Naheu. Hätte auch Naheu mich verlassen, wie der Andere, so wäre ich wohl einem Dritten in die Hände gefallen, das ist natürlich. Auch bin ich nicht stolz darauf, daß ich anständig geblieben bin seit unser Verheirathung; denn wenn man brav bleibt, geschieht's oft, weil die Gelegenheit gefehlt hat, etwas Schlechtes zu thun. . . Aber ich sag' nur, wie es ist, und ich lenne Nachbarinnen, die nicht so von sich reden könnten, nicht wahr?“

„Das ist richtig!“ antwortete Stephan, sich erhebend. Und er ging aus dem Zimmer, während sie das schlafende Kind auf zwei an einander geschobene Stühle bettete und das Feuer aufrüttelte. Wenn der Vater nur einen Fisch fangen möchte, dann könnte sie wenigstens die Suppe machen!

Draußen wurde es schon Nacht, eine eiskalte Nacht. Stephan, von tiefer Traurigkeit ergriffen, schritt gebückten Hauptes dahin. Es war nicht mehr Zorn, was ihn bewegte, auch nicht mehr das Erbarmen mit dem mißhandelten Mädchen; die rohe Szene, welche er erlebt, verschwamm und warf sein trübes Sinnen auf ihr gemeinsames Elend. Er dachte an die Frauen und Kinder, die sich heute hungrig niederlegen, an das arme Volk, welches mit leerem Magen den verzwiefelten Kampf kämpft. Und der Kleinmuth, welcher ihn schon manches Mal gepackt, erwachte in dem

melancholischen Dämmerdunkel, welches ihn umgab, mächtiger wie je und quälte ihn mit belkemmender Schwere. Sollte er sie noch weiter zum Widerstand treiben, jetzt, wo er kein Geld und keinen Kredit mehr hatte? Was sollte das Ende sein, wenn ihm keine Hilfe kam und wenn der Hunger ihren Muth brach? Und plötzlich sah er das Schreckbild dieses trostlosen Endes vor sich: Die Kinder sterben, die Frauen weinen und die Männer lehren abgehärmt, hohlwangig und bleich in die Grube zurück! Er wandelte immer noch wie taumelnd dahin; seine Füße stolperten an den Steinen. Der Gedanke, daß die Kompagnie die Stärkere sein könne und daß er die Kameraden nur unglücklich gemacht, erfüllte ihn mit unerträglichem Angstgefühl.

Als er den Kopf erhob, sah er, daß er sich beim Voreux befand, des dunkle Massen sich unter den schwarzen Schatten des Abends versteckten. Der Vorhof glich mit den unerkennbaren dunklen Gegenständen, die dort lagen, dem Winkel einer verlassenen Festung. Sobald die Fördermaschine feiert, scheint die Seele aus den Gebäuden entflohen, und zumal in dieser Stunde lebte nichts mehr; nicht eine Laterne leuchtete, nicht eine Stimme war zu hören, und das Rosten der Dampfpumpe glich nur noch einem ersterbenden Röcheln.

Stephan betrachtete den oben Platz, und das Blut wallte ihm wieder mächtig durch's Herz; Wenn auch die Arbeiter Hunger litten, so mußte doch die Kompagnie ihrerseits ihre Millionen angreifen. Warum sollte sie die Stärkere sein in diesem Kampfe der Arbeit gegen das Geld? Jedenfalls würde der Sieg ihr theuer zu stehen kommen. Und von neuem packte ihn wilde Kampflust; selbst wenn es sein Leben kosten sollte, mußte diesem Elend ein Ende gemacht werden; lieber sollten Alle gleich umkommen, als so in Hunger und Noth dahinsiechen. Manches, das er gelesen und halb verstanden, trat vor sein Gedächtniß. Er erinnerte sich an Böller, die

treten; wo die Wahl eines Zentrumsmanne nicht erreichbar ist, müssen wir Solche wählen, die dem Zentrum am nächsten stehen. Sorgfältig müssen die Kandidaten in jedem einzelnen Falle geprüft werden, und der Vorstand der Zentrumsfraktion ist da gern bereit, mit seinen Erfahrungen und seiner Personenkenntnis an die Hand zu gehen. Eines aber kann ich schon jetzt sagen: wenn die Herren Konserverativen, Freikonserverativen und Nationalliberalen sich vereinigen, um uns zu vernichten, dann können sie nicht unsere Stimmen für sich verlangen. Wer hat sie gehört, daß man für diejenigen stimmen könne, die sich zusammengesetzt haben, um uns tot zu schlagen. (Beifall.) Ich bitte Alle, diese Gedanken mit nach Hause zu nehmen. Keinem unsere Stimme, der uns vernichten will!"

Diese Erklärung des Abgeordneten Windthorst enthält also ein Abklage an die Kartellparteien, wie sie deutlicher nicht gesagt werden kann.

**Im sächsischen Landtag** gab die Staatsberatung, welche vorgestern (am 19. d.) stattfand, den Sozialdemokraten, in deren Namen Liebknecht sprach, Gelegenheit, den Gegenstand zu beleuchten, in welchem die sächsische Regierung durch ihre Zustimmung zur preussischen Wirtschaftspolitik und durch ihre Opposition gegen den Arbeiterschutz mit den Interessen des industriellen sächsischen Volkes gebracht hat. Die Verheerung der Lebensmittel lasse sich ganz besonders schwer auf Sachsen, und dem Mangel eines Arbeiterschutzes ist es zu verdanken, daß das gemüthliche Sachsen jüngst in den Reichstagsverhandlungen über die Berichte der Fabrikinspektoren als das Land, in welchem die Kinderarbeit am meisten zunimmt, eine so wenig beneidenswerthe Rolle gespielt hat. Liebknecht beleuchtete natürlich auch noch andere der Besprechung bedürftige Punkte — zum großen Aerger der Herren Kartellbrüder.

**Beschränkungen der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.** Nachdem vor wenigen Tagen erst von dem Staatsminister von Bötticher im Reichstage ausdrücklich in Abrede gestellt worden ist, daß es in der Absicht der Regierung liege, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch besondere Maßnahmen gegen den Kontraktbruch zu beeinträchtigen, fanden die preussischen Reaktionen doch bereits an, in dieser Richtung vorzugehen. Vorerst handelt es sich allerdings nur um Erwägungen und Gutachten; aber daß gegenüber einer bestimmten entgegenstehenden Erklärung des Ministers solche Gutachten überhaupt eingefordert werden, ist bezeichnend genug. Wie die „V. Ztg.“ mittheilt, hat der Oberpräsident von Westpreußen die am 25. November zusammentretende westpreussische Gewerbekammer zur Begutachtung darüber aufgefordert, ob Vorbeugemaßregeln gegen Arbeiterausstände geboten erscheinen, und welche. Bei der Beantwortung dieser Frage soll besonders berücksichtigt werden, ob der Vertragsbruch von Seiten der Arbeiter unter Strafe zu stellen, sowie den Polizeibehörden die Befugnis beizulegen ist, vertragsbrüchige Arbeiter auf Anrufen der Geschädigten im Wege des Zwanges in das Arbeitsverhältnis zurückzuführen und ob Arbeitsbücher einzuführen sind. Auch die Freizügigkeit will man, wie es scheint, wieder einschränken. Wenigstens ist der Gewerbekammer die weitere Frage vorgelegt, ob es erforderlich und angängig sei, der „Sachsentgangerei“ durch gesetzliche oder sonstige Maßnahmen entgegen zu wirken.

**Mit dem Eisenbahn-Zonentarif** soll nun auch in Deutschland ein Versuch gemacht werden. Die Hessische Ludwigsbahn ist, wie der „Köln. Ztg.“ aus Mainz geschrieben wird, der Sache insofern näher getreten, als sie zunächst für die Strecke Mainz-Worms das muthmaßliche Verkehrs- und Einnahmeverhältnis nach Dr. Perrot's Zonentarif gegenüber dem jetzigen Tarife berechnen läßt. Je nach dem Ausfall soll geeignetenfalls mit Perrot's Vorschlägen ein Probeversuch für diese Linie gemacht werden.

**Durch das Schweine-Einfuhrverbot** wird Berlin in ganz außerordentlichem Maße betroffen. Seitens des hiesigen Magistrats war deshalb am 18. Oktober d. J. an den Reichskanzler eine Eingabe wegen Zulassung von Steinbrücker Schweinen in Berlin und anderen deutschen Städten mit ähnlichen Schlachteinrichtungen gerichtet worden. Jetzt ist dem Minister für Landwirtschaft u. dem die Angelegenheit seitens des Reichskanzlers überwiesen worden war, die Eingabe beantwortet worden. Der Minister hat dem Magistrat mitgetheilt, daß nach den hier eingegangenen Nachrichten die ungarische Regierung die Ausfuhr von Schweinen aus Steinbruch nach Deutschland stiftet hat insofern der gegenwärtig auch in ganz Ungarn weit verbreiteten Maul- und Klauenseuche. Aus diesem Grunde könne eine Ausdehnung der Dispensation, wie sie der Montanbevölkerung in Oberschlesien gewährt wurde, welche überdies während der Dauer des ungarischen Ausfuhrverbots gegenstandslos wäre, nicht erfolgen, da die Einführung der Anstreckung verdächtigter Schweine aus veterinärpolizeilichen Gründen nicht gestattet werden dürfe.

ihre Städte in Brand gesteckt hatten, um den vorbringenden Feind aufzulauern; an Mütter, die ihren Kindern auf dem Straßensplan den Kopf zerschmetterten, um sie vor Sklaverei zu retten; an Männer, die vorgezogen, zu verhungern, ehe sie das Brot der Tyrannei gegessen. Dies Alles regte ihn auf und aus seiner schwarzen Traurigkeit entwickelte sich eine rosig frohe Laune, die alle Zweifel verschweichte und ihn sich seiner Ruthlosigkeit schämen ließ.

Und in dieses Wiedererwachen des Vertrauens an die Zukunft spielte die stolze Freude hinein, daß er der Chef der Anderen sei, dem sie selbst bis zur Opferwilligkeit gehorchten. Dies stolze Bewußtsein hob ihn an und zog ihn in den Traum des endlichen Triumphes, wo er die Hauptrolle spielen werde. Schon vergegenwärtigte er sich eine Szene von erhabener Größe und Bürgerthugend, wie er die ihm angetragene Macht ablehnen und die Autorität in die Hände des Volkes legen wolle.

Eine Stimme weckte ihn aus seinen Träumen. Es war Mähen, der ihm erzählte, daß er das Glück gehabt, eine prächtige Forelle zu fangen, die er um drei Francs veräußert habe; die Frau wird also doch eine Suppe kochen können! Stephan ließ den Kameraden allein nach dem Dorfe zurückkehren und ging zu Raffeneur. Dort setzte er sich zu dem schweigsamen Souvarine, und nachdem die letzten Gäste sich entfernt hatten, erklärte er, er wolle sofort an Pluchart schreiben, es müsse eine geheime Zusammenkunft der Minenarbeiter berufen werden, denn der Sieg ihrer Sache sei gewiß, sobald Alle der Internationale beigetreten wären.

#### Viertes Kapitel.

Die Versammlung sollte bei der Wittve Desir im „Lustigen Bruder“ am Donnerstag um zwei Uhr abgehalten werden. Die Frau war außer sich über die Noth ihrer „Kinder“, wie sie die Bergleute nannte, und ihr Zorn wuchs von Tag zu Tag, je seltener die Besuche in ihrem Lokale wurden. Niemals hatte ein Streit so wenig Durst gehabt. Die Säuer selbst schlossen sich daheim ein, aus Furcht, daß sie dem gegebenen Lösungsworte der Mäßigkeit zuwider handeln möchten. Die breite Straße von

**Ueber das Schicksal der Peters'schen Expedition** fehlt noch immer sichere Nachricht. In Witu wußte man Ende Oktober nichts von einem unheilvollen Ausgang der Expedition. In einem dem „Hann. Cour.“ von dort zugegangenen Briefe (mit dem Poststempel Aden, 2. November) wird die Verbreitung der Peters' unangünstigen Nachrichten auf die „Nachschichten der Engländer“ zurückgeführt. Der Briefschreiber hatte entgegen den beunruhigenden Gerüchten, von Bagalla-Leuten die Mittheilung erhalten, Dr. Peters sei glücklich bis an den Kenia gekommen, er habe nur einen einzigen kleinen Zusammenstoß gehabt. Aus dem Briefe theilen wir folgende Stellen mit:

„Also Dr. Peters mit seiner Kolonne geht es, soweit überhaupt Nachrichten da sind, gut. Herr Kapitänlieutenant Ruff hatte den Befehl, mit den zurückgelassenen Sachen, größtentheils wohl Tauchartikeln, sobald er genügend Boote besaß, nachzukommen. Ruff hatte sich Boote besorgt und fuhr munter den Tana hinauf. In Kmasombe in Tana, wo er einen Tag rastete, wurde er von einem großen Unglück betroffen: er brannte ab mit fast sämtlichen Lasten (Tauchartikeln), welche für später überhaupt nicht zu entbehren waren. Glücklicher Weise ist es inzwischen Herrn Oskar Borchert gelungen, diesen so empfindlichen Vieh für die deutsche Emin Bascha-Expedition zu pariren und den gebabten Verlust wieder völlig auszugleichen. Herr Borchert, welcher sich auf der Reise zu Herrn Dr. Peters mit seiner komplet ausgerüsteten vorzüglich bewaffneten Karawane auf dem Tana befand, und glücklich war, endlich von der Küste fortzukommen, erhielt die Nachricht von dem russischen Unglück und reiste sofort mit seinen Leuten zur Küste, erwarb für die verbrannten Sachen neue und geht heute in Eilmärschen mit seiner Expedition, über 200 Lasten transportierend, zu Dr. Peters.“

Auch dieser Brief giebt über die Nachricht vom Untergange der Expedition noch keinen zuverlässigen Aufschluß. Die Todesnachricht auf englische „Nachschichten“ zurückzuführen, ist jedenfalls ganz absurd. Den besten Gegenbeweis liefert die folgende, soeben von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte Mittheilung:

Der deutschen Regierung ist durch Vermittelung der hiesigen englischen Botschaft Abschrift eines Schreibens vom 9. d. M. zugegangen, welches die Kaiserlich Britische Ostafrikanische Gesellschaft“ anlässlich der Ermordung Dr. Peters an Lord Salisbury gerichtet hat und in dem die Direktoren der genannten Gesellschaft ihrem tiefen Bedauern über das beklagenswerthe Ereigniß Ausdruck geben und gleichzeitig dem Marquis von Salisbury mittheilen, daß Alles, was nur in der Macht der „Gesellschaft“ hänge, geschehen würde, um die Mörder des Dr. Peters zu entdecken und zu bestrafen.

#### Frankreich.

Paris, 19. November. Deputirtenkammer. Nach vollständiger Konstituierung des Bureau hielt heute der Kammerpräsident Floquet eine Ansprache an die Abgeordneten, in welcher er sagte, er werde sich bemühen, das Vertrauen seiner Kollegen zu verdienen. Er werde ohne Rücksicht auf seine persönlichen Neigungen Allen die Freiheit der Tribüne sichern. Er konstatire, daß das republikanische Frankreich den Willen geäußert habe, seine Mandatare in Einigkeit zu sehen. (Beifall.) Schließlich richtete Floquet den Appell an die Abgeordneten, daß sich die gesammten Kräfte der Demokratie einmüthig um die Regierung der Republik scharen mögen. Hierauf verlas der Ministerpräsident Tirard die Erklärung der Regierung.

Paris, 19. November. Die in der Deputirtenkammer verlesene Erklärung der Regierung entspricht den darüber bereits abgegebenen Andeutungen, indem hervorgehoben wird, daß die Regierung eine Politik der Geschäfte verfolgen und die Wünsche des Landes nach Beruhigung zu befriedigen bestrebt sein werde. Frankreich wünsche die Aufrechterhaltung des Friedens und werde seine Kräfte einzig und allein zum Zwecke der Verteidigung fortsetzen.

#### Belgien.

Mons, 19. November, Nachts. Die Schwurgerichtsvorhandlung gegen Bourbair und Rouhette, welche am 5. d. Mts. begann, wurde heute zu Ende geführt. Bourbair wurde von der Anklage, Dynamit kolportirt und in Reden und öffentlichen Anschlägen der Aufreizung der Bevölkerung schuldig gemacht zu haben, freigesprochen, wegen der übrigen ihm zur Last gelegten Vergehen aber zu 2jähriger Gefängnis und 100 Fr. Geldbuße verurtheilt. Gegen Rouhette wurde auf dieselbe Strafe erkannt.

#### Türkei.

Ein kranker Mann ist nach einem seit vielen Jahrzehnten eingebürgerten Vergleiche oder Gleichnisse die Türkei oder der Sultan. Wann der Name zum erstenmal auftauchte, das wissen wir nicht; jedenfalls war er schon im ersten Viertel dieses Jahrhunderts gebräuchlich und ist eine russische Erfindung. Seit den Zeiten Peters des Großen, oder genauer ausgedrückt: seit das in dem sogenannten Testamente Peters des Großen niedergelegte Welteroberungs-Programm das bis auf den heutigen Tag streng eingehaltene Programm der russischen Regierung geworden ist, arbeitet Rußland ununterbrochen an

Monksou, welche bei den Bergmannsfesten voll so viel lustigen Volkes wimmelte, lag stumm in trostloser Oede. Kein Bier wurde mehr in den Schänken gereicht. Bei Cossinir und im Cafe „Fortschritt“ fanden die Wirthe bleichen Angesichts vor den Thüren und blickten auf die leere Gasse; und in Monksou selbst, überall, vom Wirtshause Lenant bis zum Cafe Piquette, vom Cafe Lison bis zu der Schänke „Zum abgeschnittenen Kopf“, war Alles verödet, nur das Cafe „Saint-Eloi“, wo die Kasseher verkehrten, schänkte noch ein paar Schoppen; sogar der „Vulkan“ war leer und die Sängerinnen fanden keine Bewunderer mehr und keine Liebhaber. Es war wie Trauer über das ganze Land ausgebreitet.

„Der Ruf soll die Gendarmen holen!“ rief die Wittve Desir, indem sie mit beiden Händen auf die Hüften schlug, „die sind an Allem Schuld! Mögen sie mich einsperren, wenn sie wollen, aber ich muß ihnen einen Poffen spielen.“

„Gendarm“ war der Ausdruck höchster Verachtung in welchem die starke Frau Alles, was Obrigkeit, Behörde, Chefs hieß, kurz Alle, welche sie für die Feinde des Volkes hielt, zusammenfaßte. Sie war hoch erfreut, als Stephan sie um ihren Saal bat; ihr ganzes Haus gehöre den Arbeitern, sie nehme nicht einen Sou Nietsche und sie werde auch die Einladungen versenden, weil es das Gesetz so haben will. Uebrigens, wenn das Gesetz nicht zufrieden ist, desto besser, da wird man einmal ihr Mundwerk sehen! Am nächsten Tage brachte der junge Mann ihr an fünfzig Briefe zum Unterzeichnen, welche er durch Nachbarn, die schreiben konnten, hatte kopiren lassen, und man sendete diese Briefe an die Delegirten der verschiedenen Kolonien und an andere sichere Männer. Die darin genannte Tagesordnung war die Berathung, ob der Streik fortzusetzen sei oder nicht; aber in Wirklichkeit rechnete man auf Pluchart und hoffte, daß derselbe mit einer Rede die Arbeiter in Masse für die Internationale anwerben werde.

Am Donnerstag früh wurde Stephan von Unruhe ergriffen, als er den Freund noch nicht ankommen sah, trotzdem dieser telegraphirt hatte, daß er schon am Mittwoch Abends eintreffen wolle. Was mochte vorgehen? Er war untröstlich,

der Zerstörung der Welt. Das Gewalt und Gift ihnen kam, das hat die russische Regierung seit nun nahezu zwei Jahrhunderten gethan, um die Existenz der Türkei zu zerstören oder zu untergraben. Und eins der Hauptmittel der Untergrabung ist die Verbreitung der Mythe, daß das osmanische Reich — die Türkei — keine Lebenskraft mehr besitze, ein „kranker Mann“ sei, der nicht mehr genesen könne. Und es ist der russischen Diplomatie gelungen, den übrigen Regierungen des Glaubens an das unheilbare Siechthum der Türkei wirklich beizubringen und sie zu einer, diesem Glauben entsprechenden Politik der Bevormundung — oder sagen wir: der Krankenpflege zu bestimmen. Und das ist der größte Triumph der russischen Eroberungspolitik in der orientalischen Frage, welche gleichbedeutend ist dem Bestande des osmanischen Reichs. Die aus jenem Glauben entsprungene Politik der Bevormundung und Krankenpflege, hat der Türkei hundert Mal mehr geschadet, als alle Armeen Rußlands. Militärisch hat Rußland sich stets sehr schwach gezeigt und bei sämtlichen neueren Türkenkriegen waren die Türken den Russen militärisch überlegen, und wenn trotzdem der Ausgang regelmäßig ein für Rußland günstiger war, so ist dies einzig und allein der europäischen Diplomatie zu verdanken, welche der Türkei in die Arme fiel, weil sie an den „kranken Mann“ glaubte, und den „kranken Mann“ doch nicht seinen eigenen Entschlüssen und Kräften überlassen konnte. So oft die russischen Armeen geschlagen waren, wurde die siegreiche Türkei von ihren fürsorglichen „Freunden“ an Händen und Füßen gepackt und so gut „gepflegt“, daß die geschlagenen Russen sich wieder sammeln und dem siegreichen „kranken Mann“ wieder ein Stück Fleisch aus dem Leib schneiden konnten.

Mit anderen Worten; wenn die Türkei nicht als „kranker Mann“ behandelt würde, hätte sie sich längst, aus eigener Kraft, der russischen Angriffe entledigt und das Gespenst der orientalischen Frage schwebte nicht fortwährend über dem günstigsten Europa.

Ganz ähnlich wie mit der Türkei ergeht es mit dem europäischen Frieden, der auch ein „kranker Mann“ und ebenfalls auf dem besten Wege ist, von seinen fürsorglichen Krankenpflegern und Freunden „todtkurirt“ zu werden.

Wie die Türkei unter dem Glauben an ihre eingebildete Krankheit leidet, so ist der Friede unter dem Glauben der Herren Staatsmänner, daß er ohne ihre fürsorgliche Pflege zu Grunde gehen müsse.

Könnten die Herren Staatsmänner sich einmal dazu entschließen, den europäischen Frieden sich selbst zu überlassen, statt fortwährend daran herum zu doktern, so würde der europäische Friede, dank dem tiefen Friedensbedürfniß aller europäischen Völker, selbstständig bestehen — gerade wie die Türkei, wenn sie von ihren „Doktoren“ ausgegeben oder sich dazu aufraffen könnte, dieselben zum Tempel zu jagen.

In Wirklichkeit ist die Türkei ebenso wenig „ein kranker Mann“, wie der europäische Friede. Gefährlich sind nur die Herren Doktoren.

#### Amerika.

New-York, 19. November. Ein Telegramm aus Rio de Janeiro bestätigt, daß die provisorische Regierung ein Manifest an das Volk erließ, in welchem der Sturz des Reichs, die Aufhebung der Monarchie und die Einsetzung einer provisorischen Regierung angezeigt wird. Das Hauptziel der provisorischen Regierung sei, die Ordnung, die Freiheit und die Rechte der Bürger aufrecht zu erhalten und Einheimischen wie Fremden die Sicherheit ihres Lebens und Eigentums zu garantiren. Das Manifest konstatiert ferner, daß die Marine und die Justiz wie bisher in Wirksamkeit zu werden und spricht die Aufhebung des Senats und des Staatraths, sowie die Auflösung der Kammer aus. Weiter verkündet das Manifest, daß die provisorische Regierung alle betriffs der inneren und auswärtigen öffentlichen Schuld, sowie alle sonstigen bestehenden gesetzlich eingegangenen Verpflichtungen streng respektiren werde.

#### Elberfelder Sozialistenprozeß.

##### 2. Tag der Verhandlung.

Fortsetzung des Verhörs der Angeklagten. Sämtliche Angeklagte sind anwesend.

Grinpe: Ich wurde aus Berlin ausgewiesen und dann in Paris. Dorthin ist mir die „Schwarze Liste“ geschickt worden. Ich habe sie nicht in Gebrauch genommen und dabei mitgewirkt. Die sozialistischen Schriften sind seit langer Zeit in meinem Besitz. Sie sind bei meiner Reise nach Berlin von der Steuerbehörde beschlagnahmt, aber wieder abgeliefert worden. Das Statut der sozialistischen Partei in der Schweiz ist mir nach Paris zugefand, um event. eine Gruppe zu gründen. Die „Schwarze Liste“ ist mir jedenfalls zugewiesen worden, um das Eindringen schlechter Elemente in Paris zu verhindern. — Ich kam 1886 wieder nach Deutschland, nicht der Reichsangehörigkeit verlustig zu gehen.

denn er hätte gern mit Pluchart vor der Versammlung in Unterredung gehabt. Um neun Uhr früh ging er nach Monksou, meined, der Erwartete möchte vielleicht, ohne daß im Voreuz aufzuhalten, direkt dorthin gegangen sein. Die Frau Desir rief ihm entgegen:

„Ich habe Ihren Freund noch nicht gesehen! Was Alles ist bereit. Kommen Sie, ich will Ihnen den Saal zeigen.“

Sie führte ihn in den Ballsaal. Die Dekoration war dieselbe geblieben: die beiden Guirlanden trugen in der Mitte die Krone aus bunten Papierblumen, und auf goldenen Pappschilde standen rings an der Wand die Namen der Heiligen. Man hatte die Tribüne der Musikanten aus ihrer Oede entfernt, einen Tisch und drei Stühle dorthin gestellt für das Bureau, und davor liefen schon über den Saal Reihen von Bänken bis zum entgegengesetzten Winkel.

„Vortrefflich!“ erklärte Stephan.

„Und wissen Sie, Sie sind hier ganz bei sich zu Hause! Sprechen Sie, so viel und so lang Sie wollen. Wenn Gendarmen kommen, ich stehe Wacht und lasse Niemanden ein.“

Trotz seiner Sorge mußte er lächeln, so ungeheuer war ihm die energische Frau mit ihrem kolossalen Umfang.

Da traten Raffeneur und Souvarine ein, und er wurde willkommenie sie, während die Wirthin sich entfernte. Souvarine, die der Nacht über im Voreuz gearbeitet hatte, den die Maschinisten feierten nicht, war nur aus Neugierde gekommen. Raffeneur schien seit zwei Tagen verlegen und sein breites fettes Gesicht hatte das gemüthliche Lächeln verloren.

„Pluchart ist noch nicht da!“ rief Stephan.

Raffeneur wendete sich ab und murmelte zwischen den Zähnen:

„Das wundert mich nicht, ich erwarte ihn nicht mehr.“

„Wieso?“

Er drehte sich entschlossen um, blickte den jungen Mann gerade an und antwortete:

„Weil auch ich ihm einen Brief geschrieben habe, wenn Du es wissen willst, und zwar einen Brief, in welchem ich

... nicht wurde ... station oder ... haben gerufen ... nicht etabliert ... 18 ... Köln. Dort ... angestrichelt, a ... Bewandlung ... eigentlich wen ... Name geheim ... theilt. Auf ... Partei ... nicht durch d ... bitt worden, ... theilt. Im ... haben. An ... die Wähler ... Exemplar ist ... fassung des ... freien Preß ... Gemeintheit ... waltung nicht ... gedruckt ... des Flugblat ... verbreitet wu ... nachwäh ... keit war. D ... und nichts h ... unter dem F ... nicht steht, h ... darüber vern ... dem Flugblat ... Die ganzen g ... Da je ... einem Unbek ... einer Verfam ... wurde, habe ... rehmigt.

Sahn: ... mäßigung ein ... wo aus F ... Verlangen et ... waten der St ... Der St ... wegen die ... juristisch ... Reu m ... Die bei mir ... geblieben. M ... das Wohnen ... ich mehrfach ... den Wähler ... „Kaiser“ wu ... lenmal.“

personlich ... Eine Kritik ... In Langenb ... mit Noth, ... Was vom ... die Wähler ... haben sich ... dings Befu ... laufen.

Die Ver ... eine Ver ... Bebel ... theilt. Es i ... zahlreich ... Sa r u ... daß ich nich ... Ausfuhr ... nicht, mein ... was ich zu ... londs schick ... In den Unt ... bern an Be ... Fonds abge ... Bebel ... klagungsst ... verantwortlic ... Dar m ... auf meine ... der Liste ... auf die „Sch ... Bebel ... zu thun.

Sa r m ... heißt, wir ... Formeln. Ich ... Aussage; i ... ich war nich ...

ich gebeten ... Meinung, ... ohne uns ... Stier ... Auge blide ... „Das ... „Ja, ... Vertrauen ... kann ... Politik, M ... ich will, i ... Ich habe a ... und müde ... dafür zu r ... beiden, es ... daß weiß i ... weil, Ich ... Wenn ihn ... wußte ihm ... laufen. ... Schlagen ... willkommen ... heißt Du? ... Er sp ... auch auf ... diger und ... klaren W ... flossen: I ... einem Sch ... den Maß ... man einer ... werden ve ... möge ihm ... Geheiß ... sei, gerab ... langen u ... Arbeiters

immer wurde mir bei der Ueberfiedelung geholfen. Von der  
Fraktion oder der Partier Partei ist die Druckerei nicht in's  
Loben gerufen. Als Tischler konnte ich mich in Darmstadt  
nicht etablieren, weil mir die Behörde zu viel Aufmerksamkeit  
widmete. 1887 überfiedelte ich nach Deutschland, zuerst nach  
Wien. Dort habe ich Verbindungen mit Papierhändlern u.  
s. w. knüpfte, auch mit Schumacher geschäftlich verhandelt. Auf  
Veranlassung von Harm kam ich nach Elberfeld, wozu ich  
eigentlich wenig Lust hatte. Auf meinen Wunsch blies mein  
Name geheim und ich wurde als Herr Müller bei Berle vor-  
gestellt. Auf Veranlassung der Reichstagsfraktion oder der  
Partier Partei geschah meine Ueberfiedelung nicht. Wenn ich  
nicht durch die Untersuchungshaft oder die Briefsperrre geschä-  
digt worden, wäre das geliehene Geld schon längst zurück-  
bezahlt. Im Neanderthal war ich nicht; Belles muß sich geirrt  
haben. In einer Versammlung wegen des Flugblattes „An  
die Wähler Deutschlands“ habe ich nicht Theil genommen; ein  
Exemplar ist mir ins Haus gebracht worden. Von der Ab-  
fassung des Flugblattes hatte ich keine Kenntnis. In der  
„Freien Presse“ wurde es nicht gedruckt. Die Druckerei ist  
Eigentum und hat mit der sogenannten örtlichen Ver-  
waltung nichts zu thun. Ein unverbotenes Flugblatt habe  
ich gedruckt, ebenso das Landkurmlied. Ich bestreite, daß  
das Flugblatt „Unschuldigt verurtheilt“ bei mir gedruckt oder  
verbreitet wurde. Das in Lidenscheid verbreitete Flugblatt  
nach Wahl wurde bei mir gedruckt, als ich in Untersuchungshaf-  
t war. Dasselbe wurde nicht verboten. In meiner Druckerei  
wird nichts hergestellt, was meinen Namen nicht trägt. Wenn  
unter dem Flugblatt „An das arbeitende Volk“ mein Name  
nicht steht, habe ich es nicht gedruckt. Meine Seker sollten  
vielleicht vernommen werden. Ich habe gar nicht die Typen zu  
dem Flugblatt. In keiner Weise habe ich dabei mitgewirkt.  
Die ganzen gegen mich erhobenen Anklagen sind grundlos.  
D a s e: Ich habe ein Flugblatt verbreitet, das ich von  
einem Unbekannten erhalten, ohne den Inhalt zu kennen. An  
einer Versammlung bei Piepenbrink, wo ein Roman vorgelesen  
wurde, habe ich Theil genommen. Dasselbe war politisch ge-  
richtet.

S a h n: Die Flugblätter in einer Kiste habe ich auf Ver-  
anlassung eines Unbekannten in meine Wohnung geholt und  
war aus Fink's Laden. Nach zehn Minuten habe ich auf  
Verlangen eines Unbekannten die Kiste geöffnet. Bei dem Ver-  
lassen der Flugblätter habe ich mir nichts gedacht.  
Der Staatsanwalt beantragt die Vernehmung Neumann's,  
wogegen die Verteidigung protestirt, aber den Protest wieder  
zurückzieht.  
N e u m a n n: 1881 wurde ich aus Berlin ausgewiesen.  
Die bei mir gefundenen Schriften habe ich nach und nach an-  
gegeben. Abonnement des „Sozialdemokrat“ war ich so lange, bis  
das Abonnement als strafbar crachtet wurde. Druckschriften bekam  
ich meistens zugewandt. Bei Stehr und Schlösser verkehrte ich.  
Der Müller habe ich Zeit und Brod getheilt. Der Rothe  
wurde mir aus Zürich zugewandt mit dem „Sozial-  
demokrat“. Mit der Gründung der „Freien Presse“ habe ich  
keineswegs nichts zu thun. Wechsel für Harm habe ich akzeptirt.  
Eine Erklärung Harm's gegen Kaltenbach habe ich unterzeichnet.  
In Langenhans war ich bei einem Ausflug; ich ging dorthin  
mit Boote, der in der Wahl seiner Eltern vorständig war.  
(Wahl vom Präsidenten gerügt.) Von den Flugblättern „An  
die Wähler Deutschlands“ ist mir nichts bekannt. Bei mir  
haben sich die Verbreiter nicht gesammelt. Ich hatte aller-  
dings Besuch aber nur von Leuten, die Tabak oder Zigaretten  
kaufen.  
Die Verteidigung macht geltend, daß vom „Roten Teufel“  
nur eine Nummer erschienen ist.  
B e b e l: Der „Rothe Teufel“ wurde von Zürich aus ver-  
breitet. Es ist nur eine Nummer erschienen. Dasselbe ist wohl  
von zahlreichen Personen verhandelt worden.  
H a r m: Von dem Bestehen einer örtlichen Verwaltung  
habe ich nichts. Nach Langenhans bin ich infolge der öffent-  
lichen Aufforderung gegangen. Durch Gilles wurde ich ver-  
mählt, meinen Namen als Verleger der „Fr. Pr.“ herzugeben,  
was ich zuerst nicht wollte. In Bezug auf den Unterstützungs-  
fonds schüßte ich mich den getrigen Ausführungen Bebels an.  
An den Unterstützungsfonds habe ich mich nicht angewendet, son-  
dern an Bebel persönlich, nachdem zuerst mein Besuch an den  
Fonds abgelehnt worden.  
B e b e l erklärt, daß das Geld wohl aus dem Unter-  
stützungsfonds gekommen, aber unter seiner persönlichen Ver-  
antwortlichkeit.  
H a r m: Von der „Schwarzen Liste“ hatte ich keine Ahnung.  
Auf meine Anregung bei Bebel wurden zwei Personen aus  
der Liste gestrichen. Die Fraktion hat keinen Einfluß  
auf die „Schwarze Liste“.  
B e b e l: Die Fraktion hat mit der „Schwarzen Liste“ nichts  
zu thun.  
H a r m: Wie die Streichung der beiden Namen bewerk-  
stelligt wurde, weiß ich nicht. Ueber die Vertheilung von  
Barmen-Elberfeld am St. Gallener Kongreß verweigere ich die  
Aussage; ich war dabei. Von dem Flugblatt weiß ich nichts;  
ich war nicht dabei betheilig, konnte es auch nicht, da ich poli-  
tisch gebeten, nicht zu kommen. . . . Jawohl! Ich bin der  
Meinung, daß wir unsere Sache selbst ausfechten sollen,  
ohne uns an Fremde zu wenden.  
Stephan zitterte vor Zorn, und dem Andern fest ins  
Auge blickend, versetzte er mit bebender Stimme:  
„Das hast Du gethan? Das hast Du gethan?“  
„Ja, das hab' ich gethan! Und doch weißt Du, daß ich  
Vertrauen in Muchart setze, der ein schlauer Patron ist  
und ein tüchtiger Kerl, mit dem man etwas machen  
kann. . . . Aber, siehst Du, ich huste auf Cure Ideen,  
Politik, Regierung, all' das Zeug, ich huste darauf! Was  
ich will, ist, daß der Bergarbeiter besser behandelt werde.  
Ich habe zwanzig Jahre unten gearbeitet und so viel Elend  
und müde Dual geschmikt, daß ich mir geschworen habe,  
dafür zu wirken, daß die armen Kerle, die noch darin ar-  
beiten, es besser haben sollen. Aber mit Curen Geschichten,  
das weiß ich, erreicht Ihr nicht das Geringste; im Gegen-  
theil, Ihr verschlimmert das Loos des Arbeiters. . . .  
Wenn ihn der Hunger zwingen wird, wieder einzufahren,  
wird's ihm noch schlechter gehen. Wie man einen fortge-  
laufenen Hund, der in seine Hütte zurückkommt, mit  
Schlägen empfängt, gerade so wird Euch die Kompagnie  
willkommen heißen. . . . Und das will ich verhindern, ver-  
stehest Du?“  
Er sprach laut, stand kerngrad mit vorgestrecktem  
Ruch auf seinen gedrungnen Beinen; sein gerader, anstän-  
diger und praktischer Sinn bekannte sich deutlich in den  
klaren Worten, welche ohne Anstrengung von seinen Lippen  
floßen: Sei es nicht thöricht, zu verneinen, daß man mit  
einem Schläge alles Bestehende umstoßen, den Arbeiter auf  
den Platz des Herrn stellen und das Geld theilen könne, wie  
man einen Apfel theilt? Laufende von Jahren vielleicht  
werden vergehen, ehe sich diese Träume realisiren. Man  
möge ihm doch Ruhe geben mit den Wunderthaten! Das  
Geschweife, wenn man sich nicht die Nase zerstoßen wolle,  
ist, gerade vorwärts marschiren, mögliche Reformen ver-  
langen und sich bei jeder Gelegenheit mühen, das Loos des  
Arbeiters in den Grenzen des Erreichbaren zu verbessern.  
(Fortsetzung folgt.)

zeitlich überwacht wurde. Den „Sozialdemokrat“ erhalte ich, be-  
zahle aber nichts dafür. Von Heilgen erhalte ich 10 M., weiß  
aber nicht mehr, ob es für die „Fr. Pr.“ war oder für den  
Hafenleerfonds. Für Letzteren eingegangene Gelder habe ich  
an Bebel gesandt und darüber in der „Fr. Pr.“ quittirt.  
H a g e d o r n: Vorbestraft bin ich nicht, das bestreite ich  
entschieden. Die verbotenen Schriften wurden mir von Unbe-  
kannnten in's Haus gebracht. Ein Paket aus Rendsburg habe  
ich nicht erhalten. Mit Schumacher stehe ich nicht in Ver-  
bindung.  
H o f: Ein Paket aus Rendsburg habe ich erhalten und  
verbrannt. Die zehn Nummern des „Sozialdemokrat“ wurden  
mir in die Tasche gesteckt, von wem, weiß ich nicht.  
H o h n s b e h n: Ein Paket aus Rendsburg mit Druck-  
schriften habe ich erhalten und verbrannt. Daß es für Förster-  
ling war, habe ich früher gesagt, um mir keine Unannehmlich-  
keiten zuzuziehen. Die Angabe ist unrichtig.  
Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird diese Aussage zu  
Protokoll genommen.  
Auf die Vernehmung des Zeugen Försterling wird ver-  
zichtet.  
Es wird nun die Aussage des vom persönlichen Erscheinen  
entbundenen Horeyfeld verlesen. Danach bekam H. ein unbe-  
stimmtes Paket aus Rendsburg; die Schriften darin enthielten  
nichts Unerlaubtes. Die Schriften habe er verbrannt. Wader-  
hagen in Rendsburg kenne er nicht.  
H ü t t e n b e r g e r: Mitglied des Lokalkomitees bin ich  
nicht gewesen, aber Kassirer einer Krankenkasse; deshalb wohl  
der Irrthum. Bei den Wahlen war ich thätig; bei Stehr und  
Schlösser habe ich verkehrt und auch auf die Spigel aufmerksam  
gemacht. Geheime Versammlungen wurden bei mir nicht  
abgehalten. An der ersten Gründung der „Fr. Pr.“ war ich  
insofern betheilig, als ich Abonnement annahm. Als Harm  
sich daran betheiligte, habe ich mich weiter nicht mehr um die  
„Fr. Pr.“ bemüht. Die Versammlung in Weilmann hat nicht  
stattgefunden, weil die Polizei anwesend war. In Langenhans  
war ich, habe aber nie bei der Wahl eines Kongresses mitge-  
wirkt. Von den Flugblättern weiß ich nichts. Die „Londoner  
Freie Pr.“ wurde mir von Gilles gesandt, der mit durch meine  
Befürwortung Redakteur wurde. Das Blatt habe ich nur an  
zwei englisch sprechende Herren gegeben, was jedenfalls von  
einem Spigel an Kommissar Rammhoff berichtet wurde. Von  
einem Verbot des Blattes weiß ich nichts. An Frau Mülhaus  
habe ich Geld gegeben, das ich sammelte; die Geber habe ich  
notirt, ohne sie erst zu fragen; nachher erst habe ich das Geld  
bekommen.  
Z e u p: Ich war Redakteur der „Freien Presse“. An  
der Wahl des Kongressdirektors habe ich nicht Theil  
genommen. Von dem „Gedenkblatt“ weiß ich nichts, nehme  
aber an, daß es in Zürich hergestellt wurde. Im Neanderthal  
war ich, aber es war keine Versammlung. Den „Soz.“ habe  
ich erhalten, jedenfalls damit ich über die Lage in Deutschland  
unterrichtet würde.  
H e r l o h: Die „Geheimschrift“ ist bloß ein Versuch  
stenographischer Schrift Stolze'schen Systems. An Harm habe  
ich 50 M. gesandt, die ich für den Hafenleerfonds gesammelt  
hatte. Neumann habe ich geschäftlich unterstützt, indem ich bei  
ihm Zigaretten kaufte. Die Notizen in meinem Taschenbuch  
werden wohl davon herrühren, daß ich Gelder für Wahlzwecke  
annahm. E. Kaufher's Adresse habe ich aufgeschrieben, als  
Deckadresse konnte ich sie aber doch nicht benutzen, weil  
Kaufher zu bekannt ist. Andere Namen habe ich notirt,  
um vielleicht Redner für öffentliche Versammlungen zu  
engagiren.  
K a i s e r: Meist habe ich kennen gelernt. Im Neander-  
thal war ich nicht. Am Fastnachts-Dienstag war ich in einer  
Wirtschaft, wo ich einem konservativen Herrn sagte, mein  
Portemonnaie sei die Parteikasse. Mit dem „Parteiadel“, worin  
150 Wienngilde waren, habe ich nur Scherz getrieben. Abon-  
nement des „Sozialdemokrat“ bin ich nicht, habe auch nie mit  
Zürich in Verbindung gestanden. Die Briefkastennotizen im  
„Soz.“ kann ich mir nicht erklären.  
K ö f f e r: Ich verkehre bei Stehr, wenig bei Schlösser.  
Wer Kongreßdelegirter war, weiß ich nicht, habe auch nicht  
mitgewählt. Die verbotenen Schriften habe ich leihweise von  
einem Freunde erhalten, dessen Namen ich nicht nennen will.  
K ö f f e r: An geheimen Versammlungen habe ich nicht  
Theil genommen; gesammelt habe ich nur für Hafenleer.  
Meine Frau hat die Papiere Thielmanns weggebracht.  
K o l b e, gen. Hülle: An geheimen Versammlungen habe  
ich nicht Theil genommen. An der Gründung der „Fr. Presse“  
habe ich nicht eigentlich mitgewirkt. Weil ich Schriftsetzer bin,  
wurde ich jedenfalls von Dr. Schmidt zu Rothe gezogen.  
Gilles, der die „Freie Presse“ gründete, hat mich und andere  
Parteifreunde ersucht, für das Abonnement zu sorgen. Später  
erst trat ich als Reporter ein. An Versammlungen wegen  
der „Freien Presse“ habe ich insofern Theil genommen,  
als ich mehrmals mit Gilles und anderen Personen darüber  
sprach. Den „Soziald.“ erhielt ich mitunter, ohne darauf  
abonnirt zu sein. Ich bin nicht geständig gewesen, Abonment  
zu sein, wie es in der Anklageschrift heißt. Das ist ein be-  
denklicher Irrthum, Herr Staatsanwalt!  
Es wird durch die Akten festgehalten, daß in der That ein  
Irrthum vorliegt.  
K o l b e, gen. Hülle: Ich wundere mich, daß von der  
Post ein Anweisungsfornular ausgeliefert wurde. Geschrieben  
habe ich dasselbe nicht.  
K o w a l o w s k y: An geheimen Versammlungen habe ich  
nicht theilgenommen; das vorgefundene Kongreßprotokoll habe  
ich wohl gekauft.  
K ü p p e r: Schriftführer der örtlichen Verwaltung war ich  
nicht. Den „Soz.“ erhielt ich verschiedentlich zugewandt, ohne dafür  
zu zahlen. Die bei einer Haussuchung bei meinen Eltern gefundenen  
500-600 M. gehören mir nicht. An Grillenberger habe ich für  
die Familien der Ausgewiesenen gesammelte Gelder gesandt.  
Ich habe mehrmals mit einigen Personen über die „Fr. Pr.“  
gesprochen. Ueber die Flugblattangelegenheit verweigere ich die  
Aussage. Für das, was bei Thielmann gefunden, bin ich  
nicht verantwortlich. Druckschriften habe ich nie bestellt.  
Das Stichwort „Sperber“ im „Sozialdemokrat“ kann sich nicht  
auf mich beziehen.  
L a n g e h a n s: Die Schriften habe ich von einem Ausge-  
wanderten erhalten. In Langenhans war ich; bei Wintler nur  
ein einziges Mal; wir sprachen über eine Gewerkschafts-  
versammlung. Von einer geheimen Versammlung bei Hütten-  
berger kann keine Rede sein. Ueber die „Fr. Pr.“ kann ich  
wohl privatim gesprochen haben, aber berathen darüber habe ich  
nicht. Wie käme ich als Schneider auch dazu, über solche ge-  
schäftliche Verhältnisse zu sprechen?  
Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.  
L e h m a n n: Ein Paket aus Rendsburg habe ich nicht  
erhalten. Die bei mir gefundenen Schriften habe ich beim Zu-  
hausegehen von einem Unbekannten erhalten.  
L e m m e r: Den „Soz.“ erhalte ich nicht, bekam ihn aber  
mitunter zum Besen. Das Paket Flugschriften „An die Wähler“  
wurde in meinen Haus für gelegt.  
L e w e r b e r g: Die Bedeutung der Adressen in meinem  
Notizbuch kenne ich nicht. In Langenhans war ich. Nach Zürich  
habe ich nie geschrieben.  
L ö w e n s t e i n: Der Fegen Papier, der auf dem Boden  
meines Ladens gefunden wurde, war nicht vorher in meinem  
Besitze; er kann absichtlich hingelegt worden sein, um ihn  
später zu finden. 10 M. bezugs Abendung nach Zürich habe  
ich nicht gegeben, auch in der Untersuchung nicht zu Protokoll  
gegeben; das scheint wieder ein verhängnißvoller Irrthum der  
Staatsanwaltschaft zu sein. Das Protokoll ergibt, daß ein  
Irrthum vorliegt.  
L ö w e n s t e i n: Die 10 M. habe ich für die Wahl ge-

geben, an wen weiß ich nicht mehr; zur Absendung nach  
Zürich gab ich das Geld nicht. An den „Soz.“ habe ich  
nie Geld gesandt. Den „Sozialdemokrat“ habe ich ge-  
halten. Ich verweigere die Auskunft darüber, an wen ich be-  
zahlt habe.  
L o o s e: In der Schweiz habe ich den „Sozialdemokrat“  
gelesen; meine dortigen Freunde haben mir das Blatt später  
unentgeltlich zugewandt. In Langenhans war ich. Ich machte  
mit meinen Freunden einen Ausflug dahin. Da ich in guten  
Verhältnissen war, so engagirte ich eine Musikkapelle. Es war  
aber keine geheime Versammlung. Die „Londoner Freie Presse“  
wurde mir von Gilles in zwei Exemplaren zugewandt.  
Einen Brief von Gilles habe ich nicht erhalten. Er hat  
wohl geschrieben in der Meinung, ich würde für das Blatt be-  
zahlen.  
Die Verteidigung wünscht die Abschrift des Briefes zu  
sehen. Dasselbe wird vorgelegt.  
L o r e n z: Ein Paket habe ich im Dezember 1887 er-  
halten; wäre ich zu Hause gewesen, würde ich die Annahme  
verweigert haben, da der Absender mir unbekannt war.  
Von einem Unbekannten wurde ich gebeten, für ihn Pakete  
anzunehmen; diesem habe ich das Paket gegeben. Seit ich in  
den Prozeß verwickelt bin, wurde ich Sozialdemokrat. Das  
Liederbuch habe ich von Zürich erhalten, nachdem ich 1 M. hin-  
geschickt hatte. Die anderen Schriften bekam ich ebenfalls aus  
Zürich. Wo einige herkommen, weiß ich mich nicht zu er-  
innern. In der Anklageschrift sind meine Angaben unrichtig  
ausgeführt.  
Die Verteidigung wünscht, daß die Abschrift des Schreibens  
Gilles an Loose heute vorgelegt werde; es sei interessant, das-  
selbe zu sehen, bevor die Polizei von der heutigen Verhandlung  
Kenntniß erhalte. Die Staatsanwaltschaft habe Hilsstraße  
genug.  
G r i m p e: Polizeikommissar Rammhoff hat sich stets als  
Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft vorgestellt; von ihm wird  
wohl die Abschrift herrühren.  
Staatsanwalt Pinoff erklärt bis morgen den Polizei-  
bericht zu beschaffen, ohne daß die Polizei davon Kenntniß  
erhalte.  
M a r s c h a l l: Geheime Versammlungen waren bei mir  
nicht; ich habe wohl öfter Besuche gehabt, aber nur von Ein-  
zelnen. An der Verbreitung der „Freien Presse“ habe ich  
oder vielmehr meine Kinder mitgewirkt, um etwas zu ver-  
dienen. Den „Sozialdemokrat“ verbreitete ich nicht. Der  
Zeuge, der eine Nummer von mir erhalten haben will, ist nie  
bei mir gewesen.  
M e i s t: Ich war geschäftlich in Welter; Nachmittags machte  
ich mit Freunden einen Spaziergang, wovon wir den Zeugen  
Haspe ausschlossen, weil er, wie man zu sagen pflegt, ein  
„Quasiflopp“ ist. Am Kongreß in St. Gallen habe ich Theil  
genommen. Ueber den „Soz.“ ist da nicht gesprochen. Him-  
melsreich bin ich aus eigener Initiative in Verbindung mit einer  
Geschäftsreise.  
M e n g e l: Auf der Straße habe ich von einem Mann  
ein Paket erhalten, angeblich Traktäthen enthaltend. Ich  
habe sie auch als Traktate vertheilt.  
M o h r h e n n: Auf die „Schwarze Liste“ habe ich nichts ge-  
schrieben; die Aufschrift stammt von Wollteiler. In meinem Besitz  
war die Liste nicht. Ich war nie Vertrauensmann. Aus der  
Schweiz erhielt ich ein Schreiben von Wollteiler, worin gesagt  
wurde, daß Leute in Barmen die Streichung Leypertus aus  
der „Schwarzen Liste“ wünschten. Ich habe deswegen an Bebel  
geschrieben, um die Streichung zu verhindern, weil Leypertus  
ein gefährliches Subjekt ist. Ich hörte, daß Personen ernannt  
werden sollten, um den Streit zwischen Schumacher und mir  
zu schlichten. Ich hätte aber diesen Beschluß nicht anerkannt.  
Den Kongreßbericht habe ich irgendwo in einer Wirtschaft ge-  
kauft, als er noch nicht verboten war.  
M ü l l e r: Auf dem Kongreß in St. Gallen war ich auf  
eigene Kosten; bevollmächtigter Vertrauensmann einer örtlichen  
Verwaltungsstelle war ich nie. An Versammlungen wegen der  
„Fr. Pr.“ habe ich mich nie betheiligt. In Langenhans war  
ich. Abonment des „Soz.“ war ich, so lange es nicht strafbar  
war; bezahlt habe ich nur bis 1887 direkt nach Zürich.  
Geheim wurde in St. Gallen über den „Sozialdemokrat“ nicht  
verhandelt.  
N i e l s e n: Zwei Pakete habe ich nicht erhalten, nur  
eins mit Lebensmitteln. Ich habe nicht versucht, mich mit  
meiner Frau zu unterhalten, als ich im Gefängniß war. Die  
bei mir gefundenen sozialistischen Schriften habe ich von einem  
Unbekannten zur Aufbewahrung erhalten; auf die „Volks-  
tribüne“ war ich abonnirt.  
N i e h: Ich weiß nicht, wie ich zu den vier Exemplaren  
einer Nummer des „Sozialdem.“ kam, die bei der Briefsperrre  
beschlagnahmt wurden. Meist habe ich nur flüchtig gesehen,  
ebenso Dr. Schönlanf.  
P f e i f f e r: Das „Gedenkblatt“ habe ich nicht ver-  
breitet.  
P f ä l l e r: Ein Paket von Waderhagen habe ich er-  
halten. Ich hatte mich am Bierisch über Politik unterhalten  
und es wurde mir von einem Herrn das Anerbieten gemacht,  
mir Lektostoff zu besorgen. Später war dann das Paket an-  
gekommen, dem ein Brief folgte; das Paket gab ich dann  
einem Unbekannten. Die vorgefundnen Schriften habe  
ich theils gekauft, theils geschenkt erhalten von Leuten, die ich  
nicht näher kenne. Die Sammelliste habe ich gefunden.  
P i e p e n b r i n k: Geheime Versammlungen fanden bei  
mir nicht statt. Einem Leselub habe ich mein Lokal überlassen  
und dies dem Bürgermeister angezeigt. Der Verein hielt eine  
Versammlung ab, nach welcher ich die Bücher „Unschuldigt zum  
Tode verurtheilt“ fand. Das Flugblatt „An die Wähler  
Deutschlands“ hatte meine Frau in zwei Exemplaren auf dem  
Hauseflur gefunden; eines derselben wurde einem Besucher über-  
lassen, später auch das andere. Das „Gedenkblatt“ habe ich  
nicht verbreitet.  
W i n d: Den „Sozialdemokrat“ habe ich nicht zu verbreiten  
gehört. Auf die Aussagen meiner Frau bin wurde ich schon  
einmal zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Ich war mit  
meiner Frau in Jwis; sie drohte, mich „in die Eisen“ zu  
bringen. Meine Frau wurde von einer Person, mit der  
sie vertraut war, als Zwischenhand benutzt und es  
ist anzunehmen, daß sie mir die Sachen ins Haus brachte.  
Meine Frau hat als Abnehmer des Sozialdemokrat“ alle be-  
kannnten Sozialdemokraten genannt. Den „Sozialdemokrat“ be-  
stellte und erhielt ich. Schmalz benutzte ich für mich persönlich  
als Deckadresse. Die von meiner Frau gegebene Abonnen-  
tenliste wird sie sich wohl einkudirt haben.  
Die Verteidigung wünscht protokollarische Aufnahme der  
Act und Weis, wie die Aussage der Frau Wind heute mit-  
getheilt wurde.  
W i n d: Die geheime Tinte hat bei der Haussuchung  
Polizeikommissar Rammhoff aus der Tasche gezogen; bei mir  
wurde sie nicht gefunden. An Dr. Brandler habe ich 62 Frcs.  
gesandt im Auftrage einer reichen Person. Eine Bezahlung für  
den „Soz.“ sollte das nicht sein. Die Quittung sollte ich für  
den reichen Herrn aufbewahren. Ob ich die bei den Akten  
liegende Postanweisung geschrieben habe, weiß ich nicht.  
Mit Dr. Brandler habe ich nicht korrespondirt. Geheime  
Versammlungen waren in meiner Wohnung nicht. Geheime  
Dinte habe ich an Reinsdorff nicht gegeben. Mit Reinsdorff  
habe ich nur in der Eigenschaft als Mitglied einer Kranken-  
kasse verkehrt. Parthels kenne ich nicht. Das „Gedenkblatt“  
kenne ich nicht und habe es nicht verbreitet. Dr. Brandler hat  
an mich wegen des „Gedenkblattes“ nicht geschrieben. Meiner  
Frau muß irgend Jemand, der gut unterrichtet ist, ihre An-  
gaben dikirt haben.  
R e i n s d o r f f: Verbreiter des „Sozialdemokrat“ war ich  
nie, habe das Blatt auch nie gehalten. Bei Wind war ich

nur, um geliehene 3 M. zu holen. Ueber Einkassierung von Abonnementgeldern für den „Sozialdemokrat“ habe ich mit ihm nicht gesprochen. Bei Frau Grimpe war ich, um Manschettenknöpfe zu bestellen, auf welchen die Bilder Bassalle's etc. waren.

**Grimpe:** Reinsdorf sehe ich heute zum ersten Mal. Die Expedition der „Fr. Pr.“ vertrieb die Manschettenknöpfe, nicht ich persönlich.

**Reinsdorf:** Ich war nur in der Wohnung Grimpe's, nicht in der Expedition.

**Reudel:** Etwa sieben Flugblätter habe ich öffentlich verbreitet; ich hatte sie von einem Unbekannten erhalten. Das „Gedenkblatt“ habe ich nicht verbreitet.

**Röllinghoff:** verweigert die Aussage und stellt den Antrag, daß Julius Weber vernommen werde, um festzustellen, ob die Polizeiberichte von ihm herrühren.

Die Ladung des Zeugen wird vom Gerichtshof beschließen.

Die Verteidigung fragt, ob Röllinghoff der Polizeibericht-erfasser sei. (Bewegung.)

**Röllinghoff:** Nein! (Er zieht seinen Antrag zurück.) Der Gerichtsbeschluss wird wieder aufgehoben.

**Sachse:** Das „Gedenkblatt“ habe ich nicht verbreitet. Die an Thielmann gegebenen Beträge waren Bezahlung für die „Freie Presse“. Gesammelt habe ich nur für Streitende.

**Salzberg:** Das Notizbuch mit den Bemerkungen stammt von meinem verstorbenen Freund Mengel her, was dessen Frau beweisen kann. Ich beantrage deren Vernehmung. Ihr Name ist jetzt Frau Schnalberg. Als Expedient der „Fr. Pr.“ habe ich für Thielmann Kalender besorgt, wovon wohl die Buchungen herrühren. Für den Hasencleversfonds habe ich Beiträge entgegengenommen und an Thielmann abgeliefert. Dastig's Adresse kam in mein Notizbuch, weil er sich mir als Bierhändler empfahl. An geheimen Versammlungen habe ich nicht Theil genommen.

**v. Schemm:** Das bei mir gefundene Geld besteht aus meinen Ersparnissen. Die Nummern des „Soz.“ fand ich in meiner Stube liegen; über die Herkunft der anderen Schriften verweigere ich die Auskunft.

**Dr. Schmidt:** Geheime Versammlungen fanden bei mir nicht statt. Mit der Expedition des „Sozialdemokrat“ stand ich nicht in Verbindung. Ich war einmal zu einem ärztlichen Gutachten aufgefordert und habe es abgegeben. Wie es in den „Soz.“ kam, weiß ich nicht. Ich gab das Gutachten an einen gewissen Burchardt ab. Den „Soz.“ erhielt ich von 1885 bis 1886. Ueber die Bezahlung des Abonnements verweigere ich vorläufig die Aussage.

**Schmitz:** Geheime Versammlungen fanden bei mir nicht statt; ich empfing allerdings oft Besuche. Mit Thielmanns hatte ich keinerlei Verbindung.

**Schneider:** Das „Gedenkblatt“ habe ich in etwa fünf Exemplaren gefunden und eines weitergegeben. Ein Kongressprotokoll habe ich für 25 Pf. gekauft.

**Schürmann:** Unschuldig zum Tode verurtheilt habe ich bei der „Freien Presse“ bestellt.

**Harm:** Die Schrift ist in der „Freien Presse“ nicht gedruckt worden.

**Jeup:** Wenn ich mich recht erinnere, wurde eine Schrift ähnlichen Titels in der „Freien Presse“ verkauft.

**Grimpe** verlangt, Schürmann zu befragen, woher er wußte, daß die Broschüre in der „Freien Presse“ zu erhalten war.

**Bebel:** Die Broschüre kann für die Untersuchung keinen Werth haben, wenn sie sich nicht auf die Chilagoer Gehängten bezieht. Die hier in Frage stehende Broschüre scheint aber vor der Hinrichtung der sieben Männer erschienen zu sein.

**Grimpe:** Ich soll nach der Anklage für die Verbreitung der Broschüre verantwortlich sein.

Die Verteidigung erklärt, das Vieles in der Anklage unwahr sei. Der Präsident monirt diesen Ausdruck, worauf Verteidiger Langmann bemerkt, daß schon jetzt 2 Fälle konstatiert seien, doch wolle er künftig sagen, es sei irrtümlich.

**Jeup:** Die Broschüre handelte von einem in Ostpreußen Verurtheilten, der 30 Jahre unschuldig gefangen habe.

**Reichstagsabgeordneter Schumacher:** In Langenhau war ich. In dem Streit zwischen mir und Diehgen wurde auf meine Vereinbarung ein Schiedsgericht berufen. Mit Diehgen war ich geschäftlich verbunden. Ich trennte mich von ihm und zahlte ihm ein Guthaben aus. Mohrhenn verlangte von mir die Beforgung eines Kapitals für eine Familie, was ich abschlagen mußte. Weil Mohrhenn glaubte, daß ich auch später es verhindern habe, daß die Familie das Kapital erhalte, wurde er böse. Dann setzte er das Gerücht in Umlauf, daß ich Diehgen übervotheilt habe. Ein Anwalt sagte mir, ich sollte mir eine Ehrenerklärung von Geschäftsfreunden geben lassen. Ich schrieb an Hasenclever und veranlaßte die Fraktion, daß dieser und Kräder hierher kamen. Mohrhenn und Diehgen kamen aber nicht. Einen Auszug aus den Geschäftsbüchern habe ich an Hasenclever geschickt und darauf folgte ein Brief, wonach Mohrhenn seine Agitation gegen mich einstellen sollte. Was in anderen Kreisen zum Duell führen würde, hat mich veranlaßt, mich an meine Freunde zu wenden. Das Schiedsgericht ist keine läbliche Einrichtung. Erst nach langen Bitten wurde ein solches in meiner Angelegenheit eingeleitet. In Beratungen über die „Freie Presse“ habe ich nicht Theil genommen. Dieselben wären auch keineswegs strafbar. Auch wegen anderer Blätter finden derartige Konventionen statt. Ich habe Artikel für die „Freie Presse“ geschrieben. In St. Gallen war ich nicht. Rechenschaftsberichte sind mir zugesandt worden. Ohne Bestätigung erhielt ich in Zwischenräumen den „Sozialdemokrat“, für den ich nichts bezahlte. Ein auswärtiger Parteigenosse hat für mich 10 M. für den „Sozialdemokrat“ bezahlt, was ich später erfuhr, daher die Notiz im Briefkasten deselben.

**Bebel:** Ich weiß zufällig, daß ein sehr wohlhabender Ausländer für etwa zwölf Personen das Abonnement bezahlte.

**Schumacher:** Erst hier wird mir bekannt, daß ich noch etwas zu bezahlen habe, jedenfalls für die Nummern des „Sozialdemokrat“, die in den Händen der Staatsanwaltschaft

sind. Etwa 250 Kongressprotokolle habe ich vor dem Bebel von Grillenberger bezogen und theils verkauft, theils verschickt. An Bebel habe ich mich um 1200 M. gewendet, der mir eine Bitte aber abschlug. Gegen Bürgschaft wollte er mir das Geld verschaffen. Ich verschickte ihm mein Erbe und bekam das Geld, das ich zu drei Vierteln zurückbezahlt habe.

**Bebel:** Das Geld war nicht aus dem Unterstüpfungs-fonds, sondern von einem gemeinsamen Freund.

**Schumacher:** Ich habe nie Unterstüpfungen bezogen. Gelder habe ich an Auer geschickt zur Unterstüpfung der Familien-Ausgewiesener. An Grillenberger habe ich etwa 30 M. für die Kongressprotokolle bezahlt. Den Ueberschuß aus dem Geld gab ich an Bebel.

Die Sitzung wird um 2½ Uhr auf Mittwoch, den 20. November, vertagt.

Schluß des 2. Verhandlungstages.

### Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Unrichtiger Antwort wird nicht ertheilt.

**H. W.** Sie können, wenn Sie nicht vom Wirth zum Wirth eine schriftliche Annahme der Kündigung erhalten, nicht zu Neujahr ziehen. Ein schriftlicher Kontrakt kann nicht schriftlich aufgehoben werden. In das, was der Wirth Ihrer Frau gesagt hat, ist er nicht gebunden. Erlauben Sie also den Wirth um schriftliche Bestätigung, daß Sie zu Neujahr ziehen können.

**W. G. 40.** Machen Sie Ihrem Polizeibureau Anzeige. Wenn der Kreisphysikus dann die Gesundheitsgefährdung Ihrer Wohnung bescheinigt, so können Sie trotz der Bestimmungen des § 3 des Kontraktes sofort ausziehen.

**H. 100.** Ohne Kenntniß der Statuten kann Ihre Forderung nicht zureichend beantwortet werden.

**J. W. Pappeler.** Sie können dem Vorstande der Krankenkasse den Vorfall mittheilen, aber nur dasjenige, was Sie auch beweisen können. Auch rathen wir Ihnen, in der Eingabe nur die nackten Thatsachen ohne jede eigene Ansicht zu erzählen.

**Sellma.** Eingetragene Zinsen verjähren in 4 Jahren gerechnet vom 31. Dezember des Fälligkeitsjahres ab. Sie können beim Amtsgericht zunächst beantragen, daß Ihnen die Abschrift der hypothekarischen Eintragung zugestellt wird, damit Sie daraus die Höhe Ihrer Forderung, die Fristen der Kündigung etc. erfahren.

**E. J. Handarbeiterin.** Der Wirth darf zur Deckung seiner Miethforderung nur so viel von den eingezahlten Sachen zurückbehalten, als zu seiner Sicherung erforderlich ist. Sie können also den entsprechenden Theil Ihrer Sachen herausverlangen event. beim Amtsgericht klagen. Doch werden Sie nur denjenigen Werth, den die Sachen bei einem etwaigen Verkauf erzielen würden, nicht der frühere Kaufpreis.

**H. J. Tischler.** Ihre Anfrage läßt sich nicht so beantworten. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

### Theater.

Donnerstag, den 21. November. **Spernhans.** Gioconda.

**Schauspielhaus.** Ihr Taufschein. Hierauf: Der Mann der Freundin. Zum Schluß: Post festum.

**Deutsches Theater.** Der Sohn der Wildniß.

**Leistung-Theater.** Der Jaungott.

**Berliner Theater.** Die wilde Jagd.

**Freiburg - Wilhelmstädtsches Theater.** Der Polengraf.

**Kasernen-Theater.** Schwiegermama.

**Wallner-Theater.** Verfolgt! Vorher: Der Herr von Hohengrün.

**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.

**Griechen-Theater.** Meliboni, ein Heldensohn Griechenlands.

**Sekular-Theater.** Der Zauberspiegel.

**Königstädtisches Theater.** Der Trompeter von Säckingen.

**Festiva-Theater.** Heute von heute.

**Adolph Grün-Theater.** Platte Weiber.

**Sebr. Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße. Heute, Donnerstag, den 21. November 1889, Abends 7 Uhr:

### Gala-Vorstellung

unter persönlicher Mitwirkung des Direktor E. Renz.

Stimar, Strichspringer, dressirt und vorgeführt vom Direktor E. Renz. Leben und Treiben auf dem Oise, großes Ausstattungstüdt. Vorführen der 8 arab. Schimmelhengste oder ein Concert Hippique, in Freiheit dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Aufsitzen einer Wiener Damenkapelle. Aufsitzen der Schulreiterin Fel. G. Guerra. Das Schulferd Randalaber, geritten von Herrn Oskar Renz. Konkurrenz-Reiten der Reiterkünstlerinnen Gessow, Ulke und Rosa Weers, Fel. Katalie Schumann und Fel. Gierach, sowie der Reiterkünstler Priatore und Orford.

Morgen: Vorstellung.

E. Renz, Direktor.

### Circus Busch.

Friedrich-Karl-Str. Heute, Donnerstag, den 21. November 1889, Abends 7½ Uhr: 941

Auf vielseitiges Verlangen: Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen

### Damen-Gala-Vorstellung.

Die Stallmeister werden durch Damen vertreten. Die hohe Schule als Cavallier geritten von Maria Dore. Frau Direktor Busch mit ihren 8 Hengsten.

**Fatme, die Rose von Tripoli,** Orientalische Original-Ausstattungs-Pantomime. (Gesellig geschickt.)

Zum 1. Male: Die dreifache Springschule, geritten von Fr. Dir. Busch. 8 russische Rapphengste, vorgeführt vom Direktor. Clown Tom-Tom. Doppelter Damen-Jockey v. Maria Dore und Fel. Margerithe.

Sonntag nur 1 Vorstellung.

Alles Nähere die Plakate.

### Thalia-Theater,

15. Wallnertheaterstraße 15. Täglich:

### Theater-

und

### Spezialitäten-Vorstellung.

Erstes Austr. des Instrumental-Humoristen und Komikers **Bendix jun.**

Gr. Erfolg d. Piederfängerin Fel. Condella, der Duettisten **Kan & Gal,** des Volks-humoristen **Wilh. Fröbel,** des Prof-menschen **Vincenzo u. des Zauberkünstl. u. Jongleurs Herrn Schellini.**

Anfang 7½ Uhr.

Entrée 30 Pf. Sonntags 6½ Uhr.

### American-Theater.

Prosdorferstr. 16. Täglich Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr A. Kaiser-Panorama.

Palastinas denkwürdige Stätten. III. Cyclus.

Reise Athen—Konstantinopel.

VI. Abteilung: Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches

### MUSEUM

80/81 Kommandantenstrasse 80/81. Täglich geöffnet für erwachsene Herren.

■ Dienstag und Freitag Damen tag! ■

Entrée 50 Pf. Vereinskarten gültig. 589

### Bitte lesen Sie!

Im Verlag verfallene

### Winter-Paletots,

sowie Anzüge, einzelne Jaquetts, Socken, Damen-Mäntel und Kleider, Hüte, Stiefel, Wäsche, Uhren, Betten, Reise-Gehkoffer etc. Alles in alt und neu sehr billig zu verkaufen bei

1745

**A. Wergion, Thalherstr. 127.**

Bitte recht genau auf Namen und Nummer zu achten.

Für reelle Bedienung bürgt mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäftsrömmel.

### Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerstr. 6. am hiesigen Plage bekanntlich 11858

Gründete Auswahl.

Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.

**A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6** am Hadeschen Markt.

### Hornknopfarbeiter,

Drücker, Schleifer, Polirer finden lohnende Arbeit.

**Krausow & Markert,** 22 Vor dem Stralauer Thor.

### Weihnachts-Ziehung

vom 14.—17. December der

### Grossen Lotterie zu Weimar.

Haupt-Gewinn: 50,000 Mk. Wth.

Loose a 1 Mk., 11 Stck. 10 M., 28 Stck. 25 Mk. (Porto und Liste 20 Pf. extra)

empfehlen und versenden

### Oscar Bräuer & Co.,

Bank-Berlin W., Geschäft, Leipzigerstr.

### Lager v. Rathenower Brillen u. Pincen

Bruchbänder, Leibbinden, Nabelbandagen, Bandagen, perforten, Geradhalter, pädische Maschinen, Korsetts, künstl. Arme u. Brustbänder, Bandagen, Krücken, Bidets, Etchellen, und Rittersprigen, Rhysopomp, Irrigator, Inhalations-Apparate, Luft- und Wasser-Gummistrümpfe, Krankenwagen etc. empfehlen zu soliden Preisen

### Müller & Co.,

Berlin S., Prinzenstr. 42, part. I.

Für Damen: Damenbedienung.

Lieferanten sämmtl. Orts- und freien Hilfs-Krankenkassen.

### Berlin S.-O. August Herold, Berlin S.-O.

Mr. 5. Reichenbergerstraße Nr. 5,

zwischen Kottbuscher Thor und Ritterstraße.

### Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.

Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulaute Zahlungsbedingungen.

### Alten echten Nordhäuser

Märkischer Korn à Str. — Fl. 75 Pf.

Jugberliquor, hochrein . . . 90

Cher-Kum, ganz vorzüglich . . . 200

Fac.-Kum, Originalfl. excl. . . 100

Volitiv-Spiritus, geruchlos pr. Str. 40

empfeilt die Groß-Deffillation von

### Lettau & Keil,

Japhienstraße 12, 545

an der Rosenthalerstraße.

### Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.

Cr. Lager, bill. Preise. eigener Fabrik.

**Emil Heyn,** Brunnenstr. 28, Hof part.

Thells. nach Uebereinkunft.

Allen, welche meinem lieben Manne, Restaurateur **Karl Friedrich Lorenz**, die letzte Ehre bei seiner Beerdigung erwiesen haben, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank.

Die trauernde Wittwe

936 Concordia Lorenz und Tochter.

Empfehle allen Genossen meine

### Glaserei und Bildereinarbeitung.

Besonders empfehlenswerth und zu jeder Geschenk passend:

**Lassalle und Hasenclever** als Präsidenten.

**Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht** als Mitglieder.

**Singer** in Wästen und Cabinet u. f. m.

**Medaillen, Streichholzgehäusen, Gipsbüsten.**

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Nach Weisung wärts brieflich.

### Karl Scholz,

Wrangel-Strasse 33.

**Rob-Tabak, sämmtlicher Sorten.** Größte Auswahl, billigste Preise bei

**G. Eikhuysen, Mühlstraße 10.** Stern eins Seilage.

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 273

Donnerstag den 21. November 1889

6. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 20. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, von Marshall.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird bei dem Kapitel „Patentamt“ fortgesetzt.

Abg. **Jennsberg** (Reichsp.) fragt an, wie es mit der Revision der Patent- und Musterrechtsgesetzgebung stehe. Die Klagen über die bestehende Gesetzgebung hätten von Jahr zu Jahr zugenommen. Er hoffe, dem neuen Reichstoge werde alsbald eine entsprechende Vorlage zugehen.

Staatssekretär **v. Götlicher**: Ein Entwurf ist bereits im Reichsamte des Innern ausgearbeitet, und es schweben jetzt Verhandlungen mit den anderen beteiligten Faktoren. Der Entwurf wird, sobald diese Verhandlungen beendet sind, auch veröffentlicht werden. Ich hoffe auch, daß dem neuen Reichstoge eine Vorlage bald zugehen wird, jedoch — habent sua libella. Man weiß ja noch nicht, welche Aufnahme der Entwurf in der Öffentlichkeit finden wird. Bezüglich der Revision der Dampfessel bemerke ich noch, daß die für Ausarbeitung eines neuen Entwurfs eingesetzte Kommission ihre Arbeiten gegenwärtig beendet hat.

Abg. **Hammacher** sucht die Dringlichkeit eines revidierten Patentgesetzes nachzuweisen. Besonders nötig sei ferner eine Beseitigung der künftigen Dualität des Patentamts, d. h. der Mitglieder, welche die dem Patentamt zugewiesenen Aufgaben zu ihrem Lebensberuf gemacht haben.

Damit ist Kapitel Patentamt erledigt. Bei Kapitel Reichsversicherungsamt spricht der

Abg. **Gebhard** (nall.) den Wunsch aus, daß die Ausführung der Ausführungsbestimmungen zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz: eine möglichst sorgfältige werde.

Es gehe das namentlich im Interesse derjenigen Arbeiter, zu deren Gunsten die Uebergangsbestimmungen jenes Gesetzes herabgesetzt seien. Dieselben müßten klar sehen können, inwieweit sie von der Bestimmungen über die Abführung der Beiträge auf Alters- resp. Invaliden-Rente zu rechnen hätten, namentlich auch in welcher Höhe entsprechend den ihnen in der Vergangenheit gezahlten Löhnen. Namentlich mangelte es bisher noch an Bestimmungen darüber, wer die amtlichen Bescheinigungen über die in der Vergangenheit gezahlten Löhne auszustellen habe und wer überhaupt als die vom Gesetz gemeinte untere Verwaltungsbehörde anzusehen sei. Auch müsse bestimmt werden, daß für die Bescheinigungen keine Gebühren und Stempel zu zahlen seien, widrigenfalls den Beteiligten eine unerträgliche Benachteiligung erwachse. Eventuell bedürfe es hierüber des Erlasses einer Kabinetts-Ordre. Ein Uebelstand, über den ihm aus früheren Klagen bekannt gewesen sei, sei, daß die Sechsischen noch dem Secunfallgesetze ausgeschlossen seien. Es sei zu wünschen, daß der Bundesrat von der ihm in dem Secunfallgesetze gewährten Befugnis, auch die Sechsischen in das Gesetz einzubeziehen, Gebrauch mache.

Staatssekretär **v. Götlicher** erwidert, die Sechsischen in das bestehende Gesetz einzubeziehen, werde nicht gut angehen, besonders weil es für dieselben an leistungsfähigen Arbeitgebern fehler dürfe. Er hoffe aber, daß sich durch besonderes Gesetz für die Sechsischen sorgen lassen werde. Die von dem Vorredner angeregte Gebühren- und Stempelfreiheit werde demnächst durch Kabinettsordre geregelt werden. Was die Ausführungsbestimmungen für das Invaliditäts- und Altersgesetz betreffe, so seien die einzelstaatlichen Regierungen behufs Abgrenzung der einzelnen Versicherungs-Anstalten mit einander in Verbindung getreten und die Vorbereitungen seien bereits so weit gediehen, daß die Abgrenzung binnen Kurzem werde erfolgen können. In dem Reichsamte des Innern sei ein Normalstatut ausgearbeitet, das den Versicherungsanstalten zur Beratung zugehen werde. Er hoffe, das Gesetz werde am 1. Januar 1891 in Kraft treten können.

Abg. **Klemm** (Soz.): Ich bin Herrn Gebhard für seine Anregung und dem Herrn Staatssekretär für seine Auskunft sehr dankbar, ich möchte aber noch Eines hinzufügen. Die Wirkung des Alters- und Invalidengesetzes und der Befreiung der Arbeiter so bald wie möglich in den Besitz der Wohlthaten des Gesetzes treten, sich also so bald wie möglich verwirklichen. Nun hat ja die Presse aller Parteien in populärer, leichtlicher Weise das Publikum über die sehr komplizierten Uebergangsbestimmungen des Gesetzes instruiert. Aber die wunderbarste Broschüre, der schönste Artikel kann nicht die Wirkung vor ersetzen. Eine viertelstündige Auseinandersetzung mit der Sache ist leichter als ein langer Artikel, den man bald aus der Hand legt. Ich möchte deshalb die geehrten Redner dieses Hauses bitten, derartige populäre Vorträge zu halten und das Publikum zu belehren. (Abg. **Ricker**: Die Versammlung kann aber aufhören oder verboten werden!) Der Buchstabe tödtet, aber das Wort macht lebendig.

Abg. **Baumbach** (Soz.): Dem Herrn Vorredner erwidere ich, daß die von ihm angeführten Instruktionen leider nicht immer mit der nötigen Objektivität gegeben, vielmehr seitens der Parteiparteien mit Angriffen auf die politischen Gegner besetzt werden. Ich richte die Frage an den Herrn Staatssekretär, wie es mit der Novelle zum Krankentassen-Gesetz stehe, die uns schon in der vorletzten Thronrede zugehen ist. Für ebenso wichtig halte ich die Reform der Unfallversicherung und ich frage den Herrn Staatssekretär: Wie denken Sie über die Berufsgenossenschaften? (Weiterer.) Sollen die Berufsgenossenschaften nach den bisherigen schlechten Erfahrungen beibehalten werden, oder soll eine Aenderung dieser Organisation eintreten? Früher sah man die letztere für ein Dogma an, und ihre Gegner wurden für Reichsfeinde oder mindestens für „radikale Reichsörgler“ erklärt. Inzwischen haben sich die Anschauungen doch etwas geändert und auch bei der Unfallversicherung hat man diese Organisation verlassen. Auch von konservativer Seite, wie z. B. von Herrn v. Raackhaupt, aber doch die Sache kennen muß, sind abfällige Äußerungen über die Berufsgenossenschaften laut geworden. Bei der Bewertung der Geschädigten gehen die Berufsgenossenschaften in schablonenhaft vor, man hat einen förmlichen Tarif: für den vollen Verlust des Augenlichtes wird volle Rente bezahlt, für den eines Auges 33 pCt. Der Verlust beider Hände trägt Rente ein, der eines Beines 50 pCt., beide Hände volle Rente, eine Hand 60 pCt. (Widerspruch rechts und am Vorredner.) Diese Tage paßt nicht immer, sie wird abgeschafft, weil das Schiedsgericht wegen der weiten Ausdehnung die Verunglückten vielfach gar nicht zu sehen bekommt, denn nicht jeder Arbeiter kann an den Schiedsgerichten reifen. Die Gemeindeverbände haben wenig Lust, sich mit diesen Angelegenheiten zu beschäftigen,

nachdem sie mehrfach mit Grobheit von den Genossenschaftsvorständen behandelt worden sind. Ein Hauptbeschwerdegrund gegen die Berufsgenossenschaften ist die Höhe der Verwaltungskosten. Diese haben sich fort und fort gesteigert, der erhoffte Beharrungsstand ist noch nicht eingetreten. Auch die Beamtengehälter befinden sich noch immer im Steigen. Nicht geringer sind die Druckkosten, die von Jahr zu Jahr zu nehmen und die Mitglieder der Genossenschaften werden mit Druckkosten überschwert. Meines Erachtens kann man sich die Sache viel billiger einrichten, wie die Neueinrichtung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften beweist. Ich bin weit davon entfernt, den verbündeten Regierungen Vorwürfe zu machen, ich erkenne im Gegenteil an, daß die neue und schwere Arbeit der Organisation in hervorragender Weise besorgt worden ist. Auch bei den am meisten Beteiligten, bei den Arbeitern selbst, ist das Reichsversicherungsamt populär. Das Alles schließt aber nicht aus, daß bei der Organisation der Berufsgenossenschaften grobe Mängel vorgekommen sind. Das mit denselben gemachte Experiment ist eben verunglückt und deshalb eignet es sich nicht, die Organisation sobald als möglich zu ändern.

Staatssekretär **v. Götlicher**: Eine Novelle zum Krankentassen-Gesetz war allerdings bereits in der vorjährigen Thronrede in Aussicht gestellt; weshalb dieselbe in der letzten Session nicht vorgelegt ist, bedarf hier keiner weiteren Erklärung. Wir haben bis Ende Mai mit der Alters- und Invalidenversicherung zu thun gehabt, und ich glaube kaum, daß auf irgend einer Seite dieses Hauses die Gezeitigkeit bestanden haben würde, die schönen Sommermonate mit der Beratung der Krankentassennovelle auszufüllen. Es hängt das damit zusammen, daß die wichtigsten Aufgaben, die diese Session beschäftigen, vollauf ausreichen, um die kurzen Lebensstage, die der Reichstag noch hat, auszufüllen. Die verbündeten Regierungen verdienen also keinen Vorwurf, wenn sie bisher mit der Vorlage gezögert haben. Die Novelle ist aber ausgearbeitet und wird nächstens an den Bundesrat und zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Der Abg. Baumbach kann dann ja mit der Kritik vorgehen. Wenn der Abg. Baumbach meint, die Berufsgenossenschaften hätten sich gar nicht bemüht, so bin ich heute wiederum in der günstigen Lage, mich diesem Urteil gegenüber auf das Urteil einer seiner Fraktionsfreunde berufen zu können, welcher im vorigen Jahre gesagt hat: Die Berufsgenossenschaften leisten — das will ich anerkennen — ganz Gutes. So ungebilligt wird also das verwerfende Urteil des Abg. Baumbach über die Berufsgenossenschaften nicht bleiben. Nach meiner Meinung hat sich die berufsgenossenschaftliche Organisation nicht nur durchaus bewährt, sondern sie ist auch so billig, daß keine Privatgesellschaft sich bezüglich der Kosten an die Seite der Berufsgenossenschaften stellen kann. (Sehr richtig! rechts.) Ich übergebe die Einzelheiten, mit denen der Vorredner nachzuweisen sucht, daß nicht Alles bei unserer berufsgenossenschaftlichen Organisation und bei der Handhabung der Geschäfte in Ordnung sei. Es verleihe sich ganz von selbst, daß ein neues Institut sich erst einleben und einarbeiten muß. Unregelmäßigkeiten und Widersprüche, die der Herr Abg. Baumbach anführt, braucht er nicht nur im Kreise der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung zu suchen, er kann sie bei allen möglichen Behörden auch in seinem engeren Vaterlande finden. (Sehr richtig! rechts.) Glaubt der Abg. Baumbach wirklich, daß, wenn in den Kreisen der Berufsgenossenschaften es grobe Mängel giebt, daraus irgend ein Grund abgeleitet werden kann, um die einmal gewählten und bewährten Organe abzuändern? Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Wenn der Beamte, dem seitens des berufsgenossenschaftlichen Vorstandes eine Grobheit zu Theil geworden ist, Haare auf den Zähnen gehabt hätte, so hätte er darauf geantwortet, wie es sich daraus ergibt; aber nun zu sagen, weil die Berufsgenossenschaftsvorstände grob schreiben, müssen wir die Berufsgenossenschaften abschaffen, das geht über mein Verständnis. (Beifall rechts.) Nun soll ein Tarif schablonenmäßig bei der Festsetzung der Renten angewendet werden, wonach der Verlust bestimmter Glieder einen bestimmten Prozentsatz der Erwerbssfähigkeit ausschließt. Ein solcher Tarif besteht offiziell nicht, und wenn eine Berufsgenossenschaft oder ein Schiedsgericht sich auf einen solchen Tarif berufen hat, so ist das lediglich eine mißverständliche Generalisirung einer einzelnen Entscheidung des Reichsversicherungsamts, die von diesem niemals beabsichtigt ist. Ich unterschreibe Wort für Wort die Anerkennung, die der Vorredner dem Reichsversicherungsamt gesollt hat, damit ist ganz unvereinbar der Vorwurf, daß schablonenmäßig nach einem Tarif die Entschädigungen festgesetzt werden. Die Sache liegt anders, die Entschädigungen werden nach der Individualität des Falles und der Lage der Verhältnisse des zu Entschädigenden abgemessen. Das Reichsversicherungsamt ist weit davon entfernt, z. B. zwei Leute, die beide den Arm verloren haben, gleichmäßig zu behandeln, wenn der Eine ein junger Mann ist, der nebenher mit dem einen Arm noch etwas verdienen kann, und der Andere ein alter Mann, der vollständig verdienstlos dasteht. Ich habe das Bedürfnis, zu verhindern, daß die irrigen Anschauungen über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts sich im Lande festsetzen. Nun sollen die Verwaltungskosten fortgesetzt steigen und außer Verhältnis stehen mit dem Nutzen der ganzen berufsgenossenschaftlichen Organisation. Ich bestreite diese Behauptung und die Berechnungen des Vorredners positiv. Allerdings ergibt sich aus den vorliegenden Nachweisungen über die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften während des Jahres 1888, daß im Gesamtergebnisse diese Kosten nur um einen Pfennig pro Kopf der Versicherten ermäßigt haben. Sie sind von 75 Pfennig in 1887 auf 74 Pfennig in 1888 herabgesunken; diese Herabminderung ist gewiß außerordentlich klein. Kinet man auf Grund von je 1000 M. anrechnungsfähigen Löhnen, so hat sogar für 1888 die Verwaltung einen Mehraufwand erfordert. Denn während die Verwaltung 1887 nach dieser Rechnungsmethode pro Kopf 1,21 M. erfordert hat, ist der Bedarf in 1888 auf 1,22 M. gestiegen. Aber Sie ersehen aus den Nachweisungen, daß viele Berufsgenossenschaften ihr eigenes Interesse darin gefunden haben, daß sie auf eine Herabminderung der Verwaltungskosten bedacht gewesen sind. Allein 32 Berufsgenossenschaften haben 1888 eine billigere Verwaltung als 1887 gehabt, und ich zweifle nicht, daß, nachdem selbst die Schornsteinfeger, die so hohe Verwaltungskosten haben, auch schon dazu übergegangen sind, eine recht ansehnliche Ermäßigung der Kosten herbeizuführen, auch die sämtlichen Berufsgenossenschaften mit der Zeit zu einer Ermäßigung kommen. Die Selbstverwaltung bringt es mit sich, daß den Behörden, welche die Leitung der Unfallversicherung haben, eine Einwirkung auf die spezielle Verwaltung der einzelnen Berufsgenossenschaften nicht zusteht. Wir können den Vorständen derselben nicht verbieten, mehr Beamte zu halten als erforderlich ist, oder Zeitschriften und Publikationsorgane herauszugeben, die Berufsgenossenschaften müssen selbst den Vorständen anheimgeben, billiger zu wirtschaften. Aber selbst wenn sie die Resultate von 1888 noch nicht für günstig an-

sehen, so stellen Sie doch einen Vergleich zwischen diesen Resultaten und denjenigen bei den Privat-Unfallversicherungs-Gesellschaften an, die uns seiner Zeit immer als Eldorado empfohlen wurden. Bei uns kostet die Verwaltung pro Kopf 74 Pf. Wenn Sie diese Verwaltungskosten in das Verhältnis zu den Prämien setzen, die erforderlich sind, wenn Sie die gemäßigten Entschädigungen ausbringen wollen, so ergibt sich, daß die Verwaltungskosten in Prozenten der Bruttoprämie betragen haben 1886 7,96 pCt., 1887 8,83 pCt., 1888 8,75 pCt. Die Steigerung in 1887 und die verhältnismäßig noch nicht sehr günstige Herabminderung in 1888 hängt damit zusammen, daß die Revision der Gefahrrenten in diesem Jahre einen besonderen Aufwand an Verwaltungskosten erforderlich gemacht hat. Nun vergleichen Sie mit diesen Zahlen die Verwaltungskosten der Privatgesellschaften, welche die Unfallversicherung betreiben. Beispielsweise hat die Aktiengesellschaft „Athenia“ einen Prozentsatz von 17,79, die Magdeburger Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft einen von 22,82 (hört, hört! rechts), die Schlesische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft mit Unfall-Branche einen von 25,70, die Schweizer Versicherungsgesellschaft in Winterthur einen von 30,52, die Schweizer Versicherungsgesellschaft in Zürich einen von 32,80, und eine junge Gesellschaft, die Königlich-Unfallversicherungsgesellschaft, einen Prozentsatz von 44 gehabt. Wir können also nicht einseitig zugehen, daß unsere Organisation besser gemacht hat, im Gegenteil, wir sind zu der Behauptung berechtigt, daß unsere Organisation die billigste ist, die es überhaupt giebt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Damit will ich keineswegs verkennen, daß das Unfallversicherungsgesetz auch nach manchen Richtungen hin einer Korrektur bedarf. (Hört! links.) Wir sind von Hause aus gar nicht darüber zweifelhaft gewesen, daß wir nicht das absolute Beste geschaffen haben. Befanden wir uns doch auf einer terra incognita, wo wir vorsuchsweise vorgehen und eine Korrektur uns offen halten mußten. Wir sind nach wie vor zu dieser Korrektur bereit. Die Klagen, die bis jetzt über das Unfallgesetz erhoben worden sind, und bei uns sorgfältig geprüft worden. Ich kann aber nicht zugeben, daß in diesem Moment schon eine genügende Veranlassung vorläge, mit dieser Korrektur vorzugehen. Ich halte es vielmehr für besser, daß wir noch einige Jahre warten, um eine ausgiebige Erfahrung über den Werth oder Unwerth der von uns getroffenen Bestimmungen zu erlangen. Es könnte dann eine umfassende Revision eintreten. Nun komme ich noch einmal auf das gestern besprochene Thema zurück. Wir können uns jetzt unmöglich eingehend über die Gestaltung unserer Unfallversicherungs-Gesetzgebung unterhalten bei dieser Staatsberatung. — Es wird ja Zeit und Gelegenheit sein, alle Ihre Klagen los zu werden, und wir werden sie eingehend prüfen. Was soll es helfen, jetzt beim Etat des Reichsamtes des Innern ex professo diese Materie zu behandeln? Ich möchte deshalb dringend davon absehen, diesen Gegenstand noch eingehender zu erörtern. (Beifall rechts.)

Abg. **Jinger** (Soz.): Demselben Wunsche kann ich leider nicht Folge geben. Einmal entspricht es dem parlamentarischen Alts, bei der Staatsberatung die Wünsche und Beschwerden weiter Volkstreu hier zum Ausdruck zu bringen, und dann geben mir gerade die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Anlaß zur Replik. Die verbündeten Regierungen haben in der vorigen Session die Krankentassen-Novelle nicht vorgelegt, um uns nicht die schönen Sommermonate zu rauben. Ich habe nicht nötig, für meine Partei das auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Bei so weit tragenden Interessen darf das Volk von seinen Vertretern verlangen, auch ein paar Sommermonate sich mit diesen Dingen zu beschäftigen, und wenn man uns auch in dieser Session damit nicht belasten will, weil der Reichstag mit den vorliegenden Gesetzen vollauf beschäftigt sei, so entnehme ich daraus die interessante Tatsache, daß die verbündeten Regierungen nach der Auffassung des Herrn v. Götlicher das Maß ihrer Arbeiterfreundlichkeit und der Fortentwicklung der Arbeitergesetzgebung mit der Vorlage des Sozialistengesetzes erfüllt glauben. Ich habe mich aber doch gefreut, daß der Staatssekretär prinzipiell einer Revision des Unfallgesetzes nicht entgehen ist. Vielmehr dienen meine Ausführungen dazu, diese Revision zu beschleunigen. Auch ich möchte den Arbeitern die Vortheile der Uebergangsbestimmungen des Alters- und Invalidengesetzes zuwenden. Ich glaube, die Arbeiter sind bisher deswegen so lau gewesen, weil sie erst die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und damit das eigentliche Inkrafttreten des Gesetzes abwarten wollten. Ich und mein Freund Bebel haben darauf hingewiesen, daß es die Pflicht jedes demnächst zu Verbühenden sein wird, sich die Vortheile der Uebergangsbestimmungen zeitig zu sichern, und wenn Herr Klemm in dankenswerther Weise auf das lebendige Wort hingewiesen hat, so möchte ich ihn nur bitten, seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei, welche zur Instruktion über dieses Gesetz einberufen werden, nicht verboten werden. In Sachen hat man mehrfach solche Versammlungen als unter das Sozialistengesetz fallend behandelt. Ueber die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften, soweit sie sich in den Sektionsvorständen und Schiedsgerichten geltend machen, wird in Arbeiterkreisen lebhaft Klage geführt. Selbst das Reichsversicherungsamt, das in den ersten Jahren mehr zu Gunsten der Arbeiter entfiel, ist jetzt den Behauptungen der Arbeitgeber zugänglich. Es ist auch nicht zufällig, daß man beim Alters- und Invalidengesetz die Wirksamkeit des Reichsversicherungsamts gegenüber der Unfallversicherung erheblich eingeschränkt hat. Man fragt, daß die Urtheile der Sektionsvorstände und Schiedsgerichte über das Maß der Erwerbsunfähigkeit außerordentlich rigoros zu Gunsten der Unternehmer ausfallen. Ob von oben her bestimmt oder nicht, thatsächlich hat sich in den Entscheidungen der unteren Organe eine, wie schon Baumbach sagte, schablonenmäßige Rechtsprechung eingebürgert, welche die Rente festsetzt nach dem Maß von Erwerbsumfähigkeit, welche man für den Verlust ganzer Gliedmaßen für richtig hält. In den letzten Jahren hat man auch den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß der Tod eines durch Unfall Verletzten, wenn er später erfolgt, in keinem Zusammenhang mit dem Unfall steht, sondern die Folge einer früheren Krankheit ist. Dieser Versuch ist in sehr vielen Fällen zu Gunsten der Anschauung der betreffenden Behörde ausgefallen. Diese Anschauung widerspricht dem Sinne und Geiste des Gesetzes. Sehr wünschenswert wäre eine getrennte Buchung der Unfälle der Lohnarbeiter und Affordarbeiter. Die Frage der Zulässigkeit der Affordarbeit ist noch nicht abgeschlossen. Viele Arbeiter bezeichnen die Affordarbeit drastisch als Afordarbeit. Jedenfalls giebt die übermäßige Ausbeutung der Affordarbeit die Veranlassung zu einer Schädigung der Gesundheit der Affordarbeiter und zu einer Verschärfung der Vorschriften bezüglich der Versicherung der Arbeiter. Es wären Anordnungen des Reichsversicherungsamts sehr erwünscht, welche die

Möglichkeit der Ermittlung gewährt, wie viel Unglücksfälle bei Affordarbeit, wie viel bei Stundenarbeit vorgekommen sind. Die ganze Schädlichkeit der Affordarbeit würde dabei hervortreten. Es wäre ferner erwünscht, die Auffassung der Regierung zu hören, wie diejenigen Soldaten, die zur Zeit der Streiks von ihren Vorgesetzten zu Arbeiten kommandiert werden, und dabei einen Unfall erleiden, behandelt werden. Die Berufsgenossenschaften brauchen ihnen keine Entschädigung zu zahlen, und Militärinteressen im Sinne des Gesetzes sind sie auch nicht. Für eine schleunige Revision des Krankenlastergesetzes spricht auch die Thatsache, daß gegenwärtig, wo die Krankenlaster während der letzten 13 Wochen die Entschädigung zahlen sollen, oft, da das Heilverfahren früher beendet ist, weder diese noch die Berufsgenossenschaften eine wirkliche Verpflichtung haben und die Betroffenen in der Zwischenzeit keine Entschädigung erhalten. — Eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes besagt ferner, daß es weder dem Wortlaut noch dem Sinne des Unfallversicherungsgesetzes entspricht, daß die Unfallrente als ein Teil des Arbeitsverdienstes zu betrachten sei. Der Sinn des Gesetzes ist aber ein anderer. Jemand erhielt nach einem Unfall eine Rente von 60 pCt., konnte aber trotzdem noch in einem anderen Berufe 300—400 M. erwerben. In diesem würde er bald darauf durch einen wiederholten Unfall gelähmt und es entstand die Frage: über die Höhe der an die Witwe und die Kinder zu zahlenden Rente. Es wurde entschieden, daß der Anspruch nur nach dem letzten Arbeitsverdienst zu berechnen sei, nicht auch nach der daneben bezogenen Rente. Dadurch bekam aber die Witwe jetzt weniger, als wenn ihr Mann bei dem ersten Unfall gelähmt worden wäre. Solche Entscheidungen können nur Erbitterung hervorrufen. In Chemnitz sollen nach dem Fabrikinspektorenbericht einzelne Maschinen an Arbeiter vermietet haben, um den Kosten der Unfallversicherung zu entgehen. Der Bericht weist darauf hin, daß diese Arbeiter zur Selbstversicherung gezwungen würden, die aber in dem Unfallversicherungsgezet noch nicht vorgesehen sei. Man weiß nicht, ob man sich über den kleinlichen Egoismus der Arbeitgeber oder über die Ratselhaftigkeit der Arbeiter in ihr wundern soll. Hier sollten doch Strafbestimmungen die Wiederkehr solcher Manipulationen verhindern. In dem Bericht eines bayerischen Fabrikinspektors findet sich ein Fall, der in dem zusammenfassenden Generalbericht nicht steht. Es wird gelegentlich einer Besprechung über die Lohnform und Lohnfrist mitgeteilt, daß in einer Fabrik die Auszahlung der Löhne so erfolgt, daß das Geld in einer Tasche oder in Papier eingewickelt zugleich mit einer Abrechnung verpackt wird, in welcher den Arbeitern die durch die Kranken- und Unfallversicherung für den Arbeitgeber entstandenen Beiträge abgezogen werden. Der Fabrikinspektor scheint merkwürdigerweise die Sache für richtig zu halten, denn er hat kein Wort des Tadels für dieses ganz geschickte Verfahren. So lange Strafbestimmungen fehlen, werden sich solche Fälle wiederholen. Eine Revision des Krankenlastergesetzes ist also in kürzester Frist notwendig.

Es wird vom Abg. v. Kessel ein Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt, worauf Abg. Schmidt (Eberfeld) die Beschlußfähigkeit des Hauses bewahrt. Da der Antrag die genügende Unterstützung nicht findet, wird die Diskussion fortgesetzt.

Abg. Gebhard: Ich möchte es nicht so apodiktisch ausgesprochen haben, daß die Beurlaubung der Unterschrift der Arbeitgeber allein genügen soll, um die Vortheile der abgelaufenen Wartezeit bei dem Invaliditätsgesetz möglich zu machen. Bis zu einem gewissen Grade müßten die Behörden auch von dem Inhalt der Bescheinigung Kenntnis nehmen. Des mündlichen Wort wird immerhin zur Aufklärung der Arbeiter viel mehr thun können, und alle Parteien sollten sich das angelegen sein lassen. Bei meinem absprechenden Urtheil über das ABC-Buch habe ich nicht an die von den Abg. Singer und Bebel verfaßte Schrift gedacht, obwohl diese auch einige Unrichtigkeiten, wenn auch nicht abschließend, enthält. Meine Abneigung richtet sich gegen das ABC-Buch für freirechtliche Wähler, dessen lägenhafte Darstellung des Inhalts des Invaliditätsgesetzes schädlich auf diejenigen wirken muß, deren Interessen wahrzunehmen wir berufen sind. Es sind geradezu Fälschungen in dem Buch vorhanden. So enthält dies edle Druckwerk auf S. 117 die Bemerkung, daß das Gesetz sich darauf beschränke, den Witwen und Waisen die Hälfte der von ihrem Ernährer früher gezahlten Beiträge zurückzuerhalten. Das nennt man auf Deutsch eine Lüge! Nicht die Hälfte, sondern die Gesamtheit der Beiträge wird zurückgestellt. Auf Seite 116 wird erzählt, daß der Geselle, der später Meister wird, jeden Anspruch auf die gezahlten Beiträge verliere, wenn er fortan nicht das Dreifache der bisherigen Beiträge weiter zahle. Auch das ist unrichtig. Nach § 117—132 des Gesetzes genügt es, die Ansprüche zu erhalten, wenn der Betreffende in einem Jahre 12 Wochen, in 4 Jahren 47 Wochen Beiträge zahlt und diese Beiträge steigern sogar die Rente. Solcher Unrichtigkeiten giebt es eine ganze Reihe in dem Druckwerk. Ich akzeptiere das Urtheil des Abg. Baumbach von der Vortrefflichkeit der Kartellpresse, aber die Berichtigung dieser falschen Angaben sollte die Art von Presse übernehmen, die für ihre Verbreitung sorgt. Alle, die sich für die Sache interessieren, mögen sich deshalb angelegen sein lassen, durch mündlichen Vortrag und sonst diese irrigen Anschauungen zu beseitigen und dadurch beizutragen, die wohlthätigen Wirkungen des Gesetzes voll und ganz zur Geltung zu bringen. (Beifall.)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Das ABC-Buch für freirechtliche Wähler ist nicht auf Reichstagsarbeiten erschienen. (Ruf: Zur Geschäftsordnung!) Ich wollte deshalb zur Geschäftsordnung den Antrag stellen, dieses einmal ausdrücklich auf die Tagesordnung zu setzen, damit nachgewiesen werden kann, daß der Vortredner das ganze ABC-Buch nicht verstanden hat. (Unterbreifung links.)

Abg. Schmidt (Eberfeld): Der Abg. Gebhard hat nur zwei Punkte aus dem ABC-Buch als unrichtig angeführt, der erste betrifft lediglich einen Druckfehler. (Oho!) Wer den Artikel durchgelesen, weiß, daß an der Stelle richtig gesagt ist, daß die Hälfte der gesamten Beiträge zurückgezahlt werden muß. Dann hat Herr Gebhard gemeint, es sei falsch, wenn an einer Stelle gesagt ist, daß der selbstständig werdende Geselle das Dreifache seiner bisherigen Beiträge zu zahlen hätte, wenn er bei der Versicherung bleiben wolle. Dies bezieht sich nicht auf dauernde, sondern auf vorübergehende Verhältnisse. Gebhard verschweigt dabei, daß diese Bestimmung zwei Seiten weiter aufgeführt ist. Der Ausdruck lägenhafte Darstellung scheint darauf berechnet, die Hörer hier und überhaupt zu beeinflussen. Uebrigens verliere ich Herrn Gebhard und auch Herrn Geibel, der schon unruhig auf seinem Platze wird, ausdrücklich, daß das ABC-Buch der Schrift vieler Herren keine Konkurrenz macht. Das ABC-Buch ist weder für die Geschichte, obwohl sie es so eifrig studieren, noch für die versicherungspflichtigen Arbeiter, sondern für diejenigen, welche die Sache kurz kennen lernen wollen. Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften ist ohne jede Bedeutung und nur von einigen strebsamen Leuten ins Werk gesetzt, um dem Zentralverband deutscher Industrieller Konkurrenz zu machen. Dieser Versuch ist allerdings auf das Klüglicste gescheitert. Die Organisation unseres Versicherungswesens wird auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können, wegen der Mängel, die ihm an sich anhaften, wegen der verschiedenartigen Gliederung desselben, wegen der hohen Kosten und der großen Lücken zwischen den einzelnen Versicherungsgesellschaften. Es wird eine einheitliche Organisation geschaffen werden müssen, und ich fürchte allerdings, daß die Invalidenversicherung mit ihrer bürokratischen Organisation alles Anders verdrängen wird. — Der Abg. Baumbach hat nicht bedrückt, daß die Berufsgenossenschaften Gutes leisten, er hat nur die Organisation bekämpft. — Was den Unfalltarif betrifft, so kann ich versichern, daß, wo die Sektionsvorstände über die

Sache entscheiden, die Anwendung solcher Tarife mißbräuchlich ist. Ich bedauere das lebhaft. Wenn der Staatssekretär v. Bötticher die bekannten 74 Vt. Verwaltungskosten pro Kopf mit den Kosten der Privatversicherungen verglichen hat, so hat er damit die unbekannteren Kosten, welche den Gemeindebehörden, der Reichspost u. s. w. entstehen, außer Acht gelassen. Sonst würde ein viel größerer Prozentsatz herauskommen als bei den Privatgesellschaften. — Alle diese Erwägungen gelegentlich des Etats sind nicht bloß berechtigt, sondern notwendig und nützlich für die Korrektur des Gesetzes, die ja auch nach der Meinung des Herrn von Bötticher nicht ausbleiben könne.

Abg. Gebhard (persönlich) hält es für unnötig, der Infinitivform entgegen zu treten, daß Konkurrenzneid der Grund gewesen, gegen das ABC-Buch aufzutreten.

Abg. Schmidt (Eberfeld): Von Konkurrenzneid habe ich gar nicht gesprochen. Der Abg. Gebhard scheint für ironische Bemerkungen kein Gefühl zu haben. (Heiterkeit.)

Abg. Fröber (zur Geschäftsordnung): Ich konstatire ausdrücklich, daß, obwohl die Vorstände der Berufsgenossenschaften hier so hart angegriffen worden sind, mir als Vorstand einer Berufsgenossenschaft nicht Gelegenheit gegeben worden ist, auf diese Ausführungen zu antworten.

Die Ausgaben für das Reichsversicherungsamt werden bewilligt, ebenso der Rest der ordentlichen Ausgaben (physikalisch-technische Reichsanstalt).

Bei den „Einmaligen Ausgaben“, und zwar bei dem Kapitel „Ausgaben für den Nord-Ostsee-Kanal“ bemerkt

Abg. Jungens (Zentr.), daß er selbst an Ort und Stelle von der Vortrefflichkeit der für die Kanalarbeiten getroffenen Einrichtungen überzeugt habe. Die Verpflanzung in den Baraden gefische zur vollsten Zufriedenheit der Arbeiter, wenn auch mit einem nicht unbedeutenden Defizit der Verwaltung. Es sei den Maßnahmen der Verwaltung zu danken, daß regelmäßig gearbeitet wird, daß ein Verbleiben der Arbeiter erzielt worden ist und die Arbeiter jetzt auch zu sparen angefangen; in vierzehn Tagen seien in einem Bezirk von zwei Bauämtern 17 000 M. erspart worden. Auch den religiösen Bedürfnissen sei seitens der Verwaltung entsprochen worden. Allerdings seien die 112 000 Mark, die zur Hälfte für Katholiken, zur Hälfte für Evangelische durch den Staatssekretär v. Bötticher bewilligt worden seien, etwas langsam zur Auszahlung gelangt. Von Seiten der Reichsverwaltung sei das Entgegenkommen nicht verkannt worden; weniger könne das von der Vertretung der katholischen Interessen in Preußen gesagt werden. Redner wünscht, daß für einen Dozenten und würdigen Gottesdienst gesorgt werde durch Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten. Das Bischen, was bereits hierin getroffen sei, habe bemerkt, daß die katholischen Arbeiter gern da bleiben. Geeignete Räume für leichte Kranke seien die Baraden; für Schwerkrante seien zwei Lazarethe da. Er müsse aber den in der vorigen Session geäußerten Wunsch wiederholen, daß zur Erhöhung wenigstens der Schwerverkranten graue Schwestern zugelassen würden. Es müßten auch solche Einrichtungen getroffen werden, daß bei Unfällen, die bei solchen Unternehmen nicht zu vermeiden seien, die zu operirenden Kranken möglichst an Ort und Stelle operirt werden können.

Abg. Graf v. Holstein entwirft auf Grund der Eindrücke, die er bei einem Besuch des Kanalbaues erhalten habe, ein eingehendes Bild über die technische Seite der Arbeiten und kommt außerdem zu dem Schluß, daß keinesfalls, wie man behauptet habe, die Bauleute zu klein seien. Im Gegentheil können bei einem so kolossalen Unternehmen die Arbeiter nur gefördert und ein Gewinn für die Unternehmer nur erzielt werden, wenn die Löhne hoch seien. Die Einrichtungen für die Arbeiter seien in jeder Beziehung vortrefflich und habe sich ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herausgebildet. Niemand sei für die Arbeiter so vorförsiglich gesorgt, wie bei diesem Werk. (Beifall rechts.)

Abg. Singer: So vortrefflich sind die dortigen Verhältnisse denn doch nicht. Es wird über das Essen geklagt und über die Preise der Lebensmittel. Ueber das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern freue ich mich, über die Antwort, die Dingens von einem Oberbeamten bekommen, es würden dort lauter Sozialdemokraten beschäftigt, freue ich mich doppelt, freilich könnte in solchen Fragen der Hinweis eblidit werden, es müßten Sozialdemokraten nicht beschäftigt werden. Daß dem nicht so ist, ist vielleicht dem Einfluß des Staatssekretärs zuzuschreiben, der im vorigen Jahre mitgetheilt hat, daß er den in dem Vertrage stehenden Ausschluss sozialistischer Arbeiter daraus entfernt habe, ein drastischer Beweis dagegen, daß die Sozialdemokraten keine lahmen Arbeiter sind und sich nur durch Agitation gegen ihre Arbeitgeber aufregen lassen. Auch bei den Wahlen wird sich hoffentlich zeigen, daß dort lauter Sozialdemokraten sind, was mich besonders freut, weil der Staatssekretär dazu beigetragen hat, daß dort Sozialdemokraten beschäftigt sind.

Abg. Halle meint, daß einzelne Unzufriedene überall vorhanden wären. Er selbst habe in der Holtener Parade Bohnen und Rindfleisch in vorzüglicher Güte gegessen, und der Abg. Singer möge sich das nur dort ansehen.

Abg. Graf Holstein weist nach, daß die Preise der Rohstoffe thausächlich sehr niedrige seien. Was die sozialdemokratische Gesinnung in Schleswig-Holstein betreffe, so sei einmal in einer Versammlung ein sozialistischer Redner mit Aufmerksamkeit gehört worden. Als er aber etwas gegen das kaiserliche Haus sprach, sei einer der eifrigsten Zuhörer aufgesprungen und habe gerufen: „Was! Er sagt etwas gegen meinen Kaiser? Ich bin zwar Sozialist von Kopf zu Fuß, aber zuerst Freund der Hohenzollern!“ (Beifall rechts.)

Abg. Baumbach (dfr.) meint, daß es sich nicht um einen Sozialdemokraten handle, die die Aufhebung der Monarchie und des Privateigentums wollten. Wenn der Abg. Dingens den Kanalbau wieder inspiert, möge er die Gewogenheit haben, solche Fragen lieber zu unterlassen. Öffentlich wird die Regierung auch in Zukunft Arbeiter ohne Rücksicht auf die Parteistellung beschäftigen.

Abg. Jungens meint, daß die Sozialdemokraten dort wenigstens noch christliche Gesinnung hätten, solche seien ihm immer angenehm, denn an ihnen sei noch nicht Alles verloren.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen die Einnahmen. Damit ist die Spezialberatung des Etats des Reichsamtes des Innern erledigt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Anträge, betreffend den Befähigungsnaehweis, die Aufhebung des Embryozölles auf Schweine und Spankfelle, sowie die Beseitigung des Arbeitsbuchs für Bergarbeiter.)

## Tokales.

### Ergebnisse der Stadtverordneten-Wahlen.

#### Zweite Abtheilung.

1. Wahlbezirk (Stadtbezirke 1—10). Bisheriger Vertreter der verstorbenen Fäbriksbesitzer Tobias. Abgegebene Stimmen: 486. Kaufmann Jacoby (lib.) 245, Reikner (lib.) 176, Hausfabrikant Bluth (B.-P.) 45 St. Rithm Jacoby (lib.) gewählt.
2. Wahlbezirk (Stadtbezirke 11—20). Bisheriger Vertreter Reichert. Abgegebene Stimmen: 406. Gewählt Rentier Tempel (lib.) mit 296 gegen Hof-Sattlermeister Hartmann (B.-P.) 110 St.
3. Wahlbezirk (Stadtbezirke 21—30). Abgegebene Stimmen: 423. Wiedergewählt: Bankier Jacobs

(lib.) mit 365 gegen Ober-Stabsarzt a. D. Marquardt (B.-P.) 58 Stimmen.

4. Wahlbezirk (Stadtbezirke 31—37). Abgegebene Stimmen: 616. Wiedergewählt: Prof. Dr. Leo (lib.) 326 gegen Stadtbaurath a. D. Sturmhövel (B.-P.) 290 Stimmen.

5. Wahlbezirk (Stadtbezirke 38—52). Abgegebene Stimmen: 803. Fabrikant Pfische (lib.) 425. Kommerzienrath Dachhäuser (B.-P.) 378 St. Pfische (lib.) gewählt.

6. Wahlbezirk (Stadtbezirke 53—78). Abgegebene Stimmen: 762. Wiedergewählt: Zimmermeister Binzler (lib.) 493 gegen Urban (B.-P.) 269 St.

7. Wahlbezirk (Stadtbezirke 79—113, 138—140). Abgegebene Stimmen: 540. Bürgerdeputirter Quednau (lib.) 281. Fabrikbesitzer Lüben (lib.) 259 St. Letzterer ist nicht gewählt.

8. Wahlbezirk (Stadtbezirke 114—124, 126—129). Abgegebene Stimmen: 421. Wiedergewählt Dr. Stein mit 378 Stimmen gegen Rechtsanwalt Reichmeyer 15 und Kaufmann Wegner 38 Stimmen.

9. Wahlbezirk (Stadtbezirke 125, 130—137, 141 bis 144). Abgegebene Stimmen: 338. Gewählt: Fabrikant Rentel (liberal) mit 350 Stimmen gegen 18 Stimmen der Bürger-Partei.

10. Wahlbezirk (Stadtbezirke 145—151, 153, 167 bis 178, 201). Abgegebene Stimmen: 461. Wiedergewählt Rentier Fürst (lib.) mit 385 St. gegen 76 St. der Bürgerpartei.

11. Wahlbezirk (Stadtbezirke 152, 154—161, 179 bis 200). Abgegebene Stimmen: 590. Wiedergewählt Rentier Mielenz (lib.) mit 390 St. gegen Kaufmann (B.-P.) 190 St.

12. Wahlbezirk (Stadtbezirke 202—217). Abgegebene Stimmen: 521. Gewählt: Bahnhauer A. Kleefeld (lib.) mit 475 St. gegen 46 St. der Bürgerpartei.

13. Wahlbezirk (Stadtbezirke 218—260). Abgegebene Stimmen: 603. Wiedergewählt: Rentier Heller (lib.) mit 467 St. gegen Bähring (B.-P.) 137 St.

14. Wahlbezirk (Stadtbezirke 270—326). Baummeister Wied (lib.) fast einstimmig wiedergewählt.

Wie werden sich in diesem Winter unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten, ist eine Frage, deren Beantwortung für die Arbeiterwelt von besonderem Interesse ist, da in deren Kreisen keine Reserveresourcen vorhanden sind, welche über eine sogenannte stille Zeit hinweghelfen. Der Arbeiter lebt jetzt nur noch von der Hand in den Mund. Gleich die Börse für die Arbeiterschaft ein völlig unbefriedigendes Land ist, in das sich wohl ein Arbeiter verirrt, so sind die Vorkänge, welche sich in derselben abspielen, dem Arbeiter verkehrbar, dessen Querschnitt durch ihr Steigen und Fallen auf die Bitterung des kommenden Tages schließen lassen.

Wenn gleich noch wöchentlich die Aktien einer oder mehrerer neuen Gründungen von Bankhäusern zu einem Preise, welcher den Nennwerth der Aktien oft bedeutend übersteigt, zur Subscription ausbeboten und angeblüh mehr verlangt werden, als vorhanden sind; so hat man solchen Veröffentlichungen gegenüber nicht mißtrauisch sich zu verhalten, da bei den Bankiers Geschäfte gefälligst etwas Vergebrachtes sind und wohl nirgends ein Sprichwort „Eine Hand wäscht die andere“ häufiger in Anwendung kommt, als bei diesen Geldherrschaften, deren eine andere als die des einfachen Mannes ist. Nachkommen für die Beurteilung, wie sich die geschäftlichen Verhältnisse der Arbeiter in nächster Zukunft gestalten werden, sind solche Vorlesungen nicht, dagegen gestattet das Fallen der Steigen des Kurzes der Anleihepapiere und der Aktien einen ziemlich sicheren Schluß. Schon seit einigen Wochen macht sich ein auffallendes Schwanken des Kurzes der Bergwerksaktien bemerkbar, in der vergangenen Woche stellte sich aber ein Niedergang von 4 1/2 pCt. bis 1,50 pCt. bei verschiedenen Bergwerksaktien ein. Eine Kursherabsetzung mußten ferner fremde Eisenbahnaktien sich gefallen lassen. Inzwischen Papiere waren matt, am meisten waren die 3 1/2 und 3 pCt. Werthe gedrückt, die Kursherabsetzungen betragen bis 1 pCt. Der Reichsbankdiskontsatz war auf 5 pCt. erhöht worden, die Privatdiskontsätze stellten sich auf 4 1/2 pCt. Diese Vorkänge legen Zeugnis davon ab, daß wohl ein Kapitalmangel vorhanden ist, den die ins u. g. -aktive gehieberte Realanlage oder die Vergrößerung der Industriewerke hervorgerufen hat, sondern daß man anfangs mißtrauisch zu werden, ob die jetzigen hohen Preise dauernd sich werden aufrecht erhalten lassen. Daß dies nicht möglich sein werde, unterliegt für jeden Unbefangenen keinem Zweifel. Italien geht uns zwar mit keinem guten aber warmen Beispiel voran, eine Bank nach der anderen erklärt ihre Zahlungen unzulässig und Bankrotte findet an der Tagesordnung. Tausende von Arbeitern laufen in Rom und anderen italienischen Städten herum und hungern, weil alle Bouten wegen Geldmangel eingestellt sind.

Unsere Großkapitalisten, die Bleichröder, Hansemann, Rothchild u. A. m. sehen einem Kurssturz gewiß nicht gleichgültig gegenüber, das Geschäft in nicht ganz hohen Unternehmungen überlassen sie den kleinen Bankiers und die etwaige Verlust einiger Oldentwandsen Markt berührt nicht, sie ernten bei einer allgemeinen Pleite; indessen die Werke sind dann unter dem Werthe zu haben. Jene hundert Millionen auf Millionen, während Tausende ihrer mühseligen Unterzogenen zu den Tausenden ihrer Dreipfennig-Rentier sich wieder in die Reihe der Arbeitslosen stellen muß.

Wie verschoben unsere Verhältnisse sind, erzieht man aus denjenigen Inseraten der Bourgeoisblätter, durch welche sie ihren behutsam der Bebauung ohne eine Ansohiana und dem ungeteilt mit Herabgabe von Baugeld zum Verkauf angeboten werden. Solche Veröffentlichungen bezeugen bereits die fittliche Verkommenheit unserer Geldmänner, welche die nicht scheuen, ihre betrügerischen Machereien unerschützt der Öffentlichkeit preis zu geben. Man sagt, Lügen haben kurze Beine, der Betrag hat jedenfalls noch kürzere, das wissen die Geldleute, darum suchen sie ihre Baustellen unter Bedingungen, die dem Uneingeweihten geradezu unbegreiflich sind, an den Mann zu bringen, von dem sie wissen, daß er außer der Fähigkeit, Stein- und Holzlieferanten und Bauhandwerker zu beschwindeln, Nichts sein Eigen nennt. Hat der Bau eine gewisse Höhe erreicht, so hat das Baugeldgeben auf, er kommt zur Substantiation, der Käufer erwirbt dasselbe so billig wieder, daß die angekauften Lieferanten und Handwerker mit ihren Forderungen ausfallen. Er aber hat für ein Billiges ein ziemlich fertiges Haus erworben. Schon jetzt ist ein Ueberfluß aller Arten von Baugeldern, selbst kleiner, vorhanden, durch die beschriebenen Manipulationen wird derselbe vermehrt und wenn nicht alle Kapitalisten trügen, so werden wir hier einen gehörigen Baugeldüberschuß erleben. Das sind irrationale Auswüchse für den Arbeiter; Bergwerks-, Fabrik- und Häuserbau werden zahlende von Arbeitern erwerbslos machen, sie und ihre Angehörigen dem Elend, dem Verkommen preisgebend; dazwischen hohe Brot- und Fleischpreise bei Ueberfluß an Getreide und Vieh.

Vierfacher Mordversuch. Eine ganze Reihe von Mordversuchen hat im Laufe des 19. d. Mts. der 22-jährige Schlichtergeselle Paul A. gemacht. Der zur Zeit beschäftigte in der Straße 52 hatte mit der 20-jährigen Tochter des in der Straße 22 wohnenden Arbeiters M. Anna, ein Verlobungsverhältnis angeknüpft, welches das junge Mädchen vor einigen Tagen, als sie unter der Aufsicht ihres Bräutigams viel zu spät abbrach und alle Annäherungsversuche des B. zurückwies. Am



**Grosse Versammlung**  
**d. sozialdemokratischen Wahlvereins im vierten**  
**Berliner Reichstags-Wahlkreise**  
 am Donnerstag, den 21. ds., Abds. 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, am Königs-Thor.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Kampf ums Dasein in der Volkswirtschaft. Refer.: Herr Dr. Bruno Wille.  
 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. [927] Der Vorstand.

**Große öffentliche Versammlung**  
**sämmtlicher**  
**Glasschleifer Berlins**  
 am Donnerstag, den 21. November, Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
 in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Was gedenken die „Berliner Glasschleifer“ zu thun?  
 Wollen sie eine Organisation oder nicht?  
 2. Diskussion. 3. Allgemeines.  
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu erscheinen. [894] Der Einberufer.

**Freitag, den 22. November, Abends 8 Uhr,**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 aller in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter und  
 Arbeiterinnen Berlins und Umgegend  
 in „Lips“ grossem Saal (Aktien-Brauerei), am Friedrichshain.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen sich die in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
 Berlins und Umgegend zu dem in Luckenwalde bevorstehenden Generalstreik der Arbeiter  
 und Arbeiterinnen gleicher Branche? Referent: Kollege H. Augustin.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Pünktliches Erscheinen aller ist Ehrenpflicht. [937] Der Einberufer.

**Heute, Donnerstag, den 21. d. M., Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.**  
 in der „Norddeutschen Brauerei“, Chausseestraße 58: [948]  
**Große Versammlung aller Konfektions-, Militär-  
 und Beamten-Lieferungs-Schneider.**  
 Wichtige Tagesordnung. Alle müssen erscheinen. Die Siebener-Kommission.

**Oeffentliche Versammlung**  
**der Bauarbeiter Berlins u. Umgegend**  
 am Sonnabend, den 23. November cr., Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
 in „Lehmann's Salon“, Schwedterstraße Nr. 23.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung der Streit-Kommission. 2. Diskussion hierüber.  
 3. Vortrag des Herrn Werner über: „Ruhe und Werth der gewerkschaftlichen Orga-  
 nisation“. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. [945]  
 Das Erscheinen sämmtlicher Bauarbeiter ist Pflicht. Der Einberufer.

**Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen,**  
**Läufer und Linoleum.**  
**Verkauf zu Fabrikpreisen.**  
 Grosses Lager von Portiären, Reise- und Tischdecken.  
**Stoehr & Behr, Berlin N., 2 F. Chausseestraße 2 F.**

Soeben erschien:  
**Die Geschichte der Erde.**  
 Von **H. Sömmeli.**  
**Heft 13.**  
 à Heft 20 Pfennige.  
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

**Verein zur Wahrung der Interessen**  
**der Gast- u. Schankwirth**  
**Berlins und Umgegend.**  
 Freitag, den 22. November, Nachm. 4 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
 bei dem Kollegen Henke, Blumenstr. 38:  
**Mitgl.-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Berichterstattung von der Wahl der Ge-  
 werbesteuer-Deputirten. 2. Vereinsangelegen-  
 heiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Mitglieder werden aufgenommen.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.  
 942 J. A.: B. Gründel.

**Ortskrankenkasse der Klempner.**  
 Am Donnerstag, d. 28. November cr., Abends  
 8 Uhr, findet bei Jordan, Neue Grünstr. 28, eine  
**Versammlung**  
 der grohjährligen (über 21 Jahre alten) Mit-  
 glieder unserer Kasse behufs Wahl von 100 Ver-  
 tretern und  
 am Freitag, den 29. November, Abends  
 8 Uhr, ebendasselbst eine  
**Versammlung**  
 der Arbeitgeber, welche Beiträge für ange-  
 meldete Mitglieder leisten, behufs Wahl von  
 33 Vertretern, und  
 am Sonntag, den 1. Dezember d. Js.,  
 Vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, ebenfalls dort, eine  
**General-Versammlung**  
 der bisherigen Vertreter der Arbeitgeber und  
 Arbeitnehmer mit der  
 Tagesordnung: 1. Verlesung der Proto-  
 kolle. 2. Wahl von 3 Vorstands-Mitgliedern  
 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer.) 3. Wahl des  
 Rechnungsausschusses. 4. Beschlussfassung über  
 eine Gehaltserhöhung des Kassenschaten Schwab-  
 bed. 5. Verschiedenes, statt.  
 Zu der letzteren Versammlung legitimirt die  
 jedem Vertreter zugesandte Einladungskarte.  
 943 Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse der Gärtler.**  
 Zu der am Sonntag, den 24. November, Vor-  
 mittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr in Sanssouci, Kottbuserstr. 49,  
 stattfindenden **Generalversammlung** werden  
 die Herrn Delegirten ergebenst eingeladen.  
 Tagesordnung:  
 Wahl einer Kommission zur Prüfung der  
 Rechnungen des laufenden Jahres.  
 Nach Schluss dieser Versammlung findet da-  
 selbst eine **General-Versammlung** für die  
 Mitglieder der  
**Invalidenkasse der Gärtler**  
 statt. Tagesordnung:  
 Wahl einer Kommission zur Prüfung der  
 Rechnungen des laufenden Jahres.  
 G. Bueff, Vorsitzender,  
 Diefenbachstr. 59.  
 935

Unserm Freunde und Genossen **Otto Rehm**  
 mann zu seinem Wegeseste ein von dem  
 Hoch, daß die ganze Stephanstraße wackelt.  
 Lieber Otto, merke Dir's und komme  
 Abend bei Karbelbacher hin.  
 Deine Freunde: **C. W. H. M.**

**Fachverein der Tischler.**  
 Heute,  
 Donnerstag, den 21. November,  
 Abends 9 Uhr:  
**Vorstands-Sitzung.**

**General-Versammlung**  
**des Fachvereins der Bürsten- und**  
**Pinselmacher**  
**Berlins und Umgegend**  
 am 24. November, Vormittags 10 Uhr,  
 in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Zweck und Nutzen einer gewerkschaftlichen  
 Organisation. (Referent: Herr Schöner.)  
 2. Diskussion. 3. Wahl des gesammten  
 Vorstandes und der Revisoren. 4. Bericht  
 und Aufnahme neuer Mitglieder.  
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es,  
 zu erscheinen. Der Vorstand.

**Der Arbeitsnachweis**  
**des Fachvereins für Schlosser**  
**und Berufsgenossen**  
 befindet sich im **Eden**: Dresdenerstr. 116, im  
 Restaurant **Gründel** (fr. Wendl); im **Reich**:  
 Anklamerstr. 44 bei **Hörnberg**. Die **Arbeits-**  
**vermittlung** geschieht für Arbeiter und  
 (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich.  
**Die Adressenausgabe**  
 erfolgt an Wochentagen von 8-10 Uhr Abends  
 Sonntags von 10-12 Uhr Vormittags.  
 934 Der Vorstand.

**Cigarren-Geschäft**  
 in beliebiger Laufgegend, prächtige Lage, sehr  
 billig veräußlich. Auskunft ertheilt Herr **Ernst**  
**Wilschke, Junferstraße Nr. 1.**

**Reisehandlung.** Billige Reste zu großen  
 kleinen Hosen, zu Anzügen,  
 Morgenkleidern, Regen- und Winter-Mänteln,  
 Plüsch, Krimmer, Pelz, Sammet, Tricot zu  
 Tailen, auf Wunsch gleich zugeschnitten.  
**882 Karlo, Laufgüter Platz 1 (Ecke Waldemarstr.)**  
 Wieder vorrätig:  
**Der wahre Jacob**  
**Nr. 87.**  
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmer-  
 straße 44.

# Erklärung!

Da die baulichen Anlagen des von mir geleiteten „**Restaurants**  
**Buggenhagen**“ die Aufnahme von Massen-Versammlungen nicht gestatten,  
 so erkläre ich hiermit, um alle Weiterungen zu vermeiden, daß ich mich, im Interesse  
 der Hausbesitzer und meiner Kollegen, welche **Patenhofer Bier** führen, entschlossen  
 habe, fernerhin keinen politischen Versammlungen irgend welcher Richtung  
 meine Säle zur Verfügung zu stellen und werde ich dieselben nur für geschlossene  
 Vereine und Festlichkeiten reserviren.

**F. Müller,**  
 Restaurateur des Etablissements „**Buggenhagen**“.  
 (Ausschank der Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Patenhofer).